



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

EXPERTISE UND POLITIK

■ ANALYSE		
Politikberatung und Osteuropaforschung		2
Hans-Henning Schröder (Bremen)		
■ ANALYSE		
Wirtschaftsexpertise in Russland		6
Vera Rogova		
(Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)		
■ TABELLE ZUM TEXT		
Strategie-2010 und Strategie-2020: Eine Bilanz		10
■ ANALYSE		
Außenpolitikexperten in Russland: Zwischen Forschung, Beratung und Propaganda		11
Alexander Graef (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg)		
■ DOKUMENTATION		
Politische Expertise in Russland		15
■ DEKODER		
Gerechtigkeit statt harte Hand		20
Wladimir Petuchow (Vedomosti)		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Ein neuer Sozialvertrag?		22
■ UMFRAGE		
Vertrauens- und Zustimmungswerte		24
■ CHRONIK		
14. Mai – 2. Juni 2019		29

Politikberatung und Osteuropaforschung

Hans-Henning Schröder (Bremen)

Zusammenfassung

Wissenschaftliche Politikberatung erfüllt eine wichtige Aufgabe, und Wissenschaft muss sich dieser stellen. Das gilt auch für die Osteuropaforschung, die ihre Entstehung der politischen Nachfrage nach Osteuropa-kompetenz verdankt und seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Dienst der Politik steht, wobei sie in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus eine durchaus problematische Rolle gespielt hat. Wurde sie in der Zeit des Ost-West-Konflikts durch die Bundesregierung stark gefördert, erfuhr sie in den Folgejahren deutliche Beschränkungen, die zu einer Aushöhlung des Arbeitsfeldes führten.

Unter diesen Umständen war es schwierig, der Politik im ausreichenden Maße Osteuropakompetenz zur Verfügung zu stellen. Doch der Beratungsprozess selber war und ist mit grundsätzlichen Problemen behaftet. Wissenschaftliche Analyse kann einen Beitrag in der politischen Entscheidungsfindung leisten, doch sie steht in einem Spannungsverhältnis zur Politik, die ihre Ziele immer wieder neu formuliert. In diesem Prozess nimmt wissenschaftliche Beratung durchaus widersprüchliche Aufgaben wahr, indem sie Entscheidungsprozesse unterstützt und begleitet, sie aber zugleich legitimiert.

Einen guten Rat geben ...

Wissenschaftliche Politikberatung erfüllt eine wichtige Aufgabe: Um sachgerechte Entscheidungen für Staat und Gesellschaft zu treffen, bedarf es neben Klugheit und Vernunft auch eines umfassenden Sachverständes. Über den verfügt der politische Entscheider meist nicht selber, er wird vielmehr bereitgestellt durch seinen Stab, durch Fachapparate oder auch durch externe Berater, zu denen mitunter auch Wissenschaftler zählen. Doch guten Rat zu geben, ist nicht einfach. Der Ratgeber muss über die notwendige Kompetenz und ausreichende Informationen verfügen, er muss die »richtige« Handlungsvariante erkennen und formulieren können, und er muss in der Lage sein, den eigentlichen Entscheider von seinen Ratschlägen zu überzeugen.

All das lernt man nicht im Rahmen einer wissenschaftlichen Ausbildung. Die Tätigkeit in Institutionen, die Politiker und Apparate beraten sollen, verlangt andere Fertigkeiten als die im akademischen Betrieb. Der Verfasser, der seit 1986 politiknah tätig ist, musste lernen, dass selbst saubere wissenschaftliche Analyse nicht unbedingt zu »richtiger« Politik führt, und dass ein Wissenschaftler Sachverhalte und Prozesse nicht immer besser beurteilen kann, als ein politischer Praktiker. Zudem machte er die Erfahrung, dass die Differenz zwischen einer wissenschaftlich gewonnenen Einsicht und dem politisch Umsetzbaren erheblich sein kann.

Politik und Osteuropaforschung

Dass ein Osteuropaforscher politikbegleitend tätig wird, ist kein Zufall. Osteuropa- und Russlandpolitik war und ist in Deutschland ein relevantes Thema. Expertise in diesem Feld wurde in der Phase der Blockkonfrontation vor 1989 und in der Phase des Übergangs in den neunziger Jahren stark nachgefragt. Angesichts der Russland-

Ukraine-Krise besteht auch seit 2014 wieder ein gesteigerter Bedarf an einschlägigem Fachwissen.

Die Auffassung, dass in Deutschland substantielles Wissen über das Russische Reich fehle, diente bereits Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts als Hauptargument für die Etablierung der Osteuropaforschung (damals im Wesentlichen Russlandforschung) als akademisches Fach. Das Berliner Seminar für osteuropäische Geschichte war eine politische Gründung. Osteuropaforschung war von Anfang an ein Fach, das sich politisch verstand und von der Politik in Dienst genommen wurde. In den Folgejahren trat zwar mit der Schaffung weiterer Lehrstühle und dem Ausbau der Slawistik der akademische Charakter stärker in den Vordergrund, doch nichtsdestoweniger fand Osteuropaforschung in Deutschland stets in der Spannung zwischen Politik und Wissenschaft statt.

Die enge Bindung an die Politik blieb für das Fach nicht ohne Konsequenzen. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts spielten viele Osteuropaforscher – etwa mit gegen Polen gerichteten Forschungsarbeiten über das »Deutschtum im Osten« und den deutschen »Kulturboden« – politisch und wissenschaftlich eine überaus problematische Rolle. Die Nationalsozialisten konnten daran nach 1933 anknüpfen. Die Forschungsschwerpunkte verschoben sich weiter, Volkstumspolitik und Lebensraumfrage nahmen immer größeren Raum ein. Mit dem Beginn des Krieges erhielt Osteuropaforschung alsbald eine weitere Funktion: sie leistete dem Regime wissenschaftliche Hilfestellung für Kriegführung, im Besatzungsregime und in der Vernichtungspolitik.

Nach 1945 wurde im Westen Deutschlands die Befassung mit Osteuropa wiederaufgenommen. Viele Wissenschaftler knüpften an ihre bisherige Tätigkeit bruchlos an – erst sehr viel später kam es zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Fachs im

Nationalsozialismus. Angesichts der veränderten internationalen Verhältnisse nahm die Osteuropaforschung in der Bundesrepublik einen anderen Charakter an. Die Tatsache, dass die Staaten im Osten Europas nun Teil des »sozialistischen Lagers« waren, führte dazu, dass sich die Forschung stärker auf Ideologie, Funktionsweise und Wirtschaftsverfassung dieser Regime konzentrierte und teilweise den Charakter einer »vergleichenden Systemforschung« annahm. Die Bundesregierung förderte diese Art der Forschung umfassend in der Erwartung, dass sie einen Beitrag zur praktischen Politik leisten werde.

Die generöse Förderung der Osteuropastudien durch die Politik barg die Gefahr in sich, dass die Forschung in Abhängigkeit von ihr geriet. Das galt nicht für alle Arbeitsbereiche. Insbesondere in jenen Fächern, die keine unmittelbare Berührung mit der praktischen Politik haben, orientierten sich die Forscher an den Diskursen ihrer Disziplin (Geschichts-, Literaturwissenschaft, Soziologie, Geographie usw.) und entwickelten ihre Arbeitsvorhaben aus diesem Kontext heraus. Diejenigen Forscher aber, die sich mit Gegenwartsfragen beschäftigten, arbeiteten in der fortgesetzten Spannung zwischen Politik und Wissenschaft. Man war sich dabei durchaus darüber im Klaren, dass sich die Tätigkeiten in den beiden Bereichen strukturell grundlegend unterschieden, war aber mit den Erwartungen des Geldgebers konfrontiert.

Der langjährige Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Oskar Anweiler, ein international anerkannter Erziehungswissenschaftler, charakterisierte den Ort von Osteuropaforschung 1980 als »in der Nähe, aber nicht im Schlepptau der Politik«. Der Osteuropaforscher erfülle eine »eigenverantwortliche, wissenschaftliche Aufgabe«. Allerdings müsse man auch die Unterstützung praktischer Politik und die Tätigkeit in der politischen Bildung als legitime Verpflichtung von Wissenschaft ansehen.

Die Situation der Osteuropaforschung veränderte sich 1989/91 grundlegend, als sich zunächst das »sozialistische Lager« und dann auch die Sowjetunion auflösten. Die Mehrheit der Wissenschaftler wurde von der Entwicklung überrascht. Die Unfähigkeit, den Zusammenbruch des Sozialismus zu prognostizieren, stellte natürlich die Frage nach der Fähigkeit der Osteuropaforschung, überhaupt zukunftsgerichtet Politikberatung zu betreiben. Es bleibt festzuhalten, dass Politiker und Stäbe schlecht beraten sind, wenn sie von den Wissenschaften sichere Aussagen über den Verlauf der Zukunft erwarten. Wissenschaftler können Informationen zur Verfügung stellen, Zusammenhänge deutlich machen, Probleme identifizieren, Trends aufzeigen, doch sie sind keine Wahrsager.

Das Ende des Ost-West-Konflikts stellte für die gegenwartsbezogene Osteuropaforschung einen Bruch mit den Denkweisen und den Strukturen dar, die sich nach 1945

in Westdeutschland herausgebildet hatten. Die Lehrstühle und Institutionen, die sich mit Planwirtschaft, Einparteiendiktatur, Marxismus-Leninismus und Ostrecht befassten, verloren ihre Daseinsberechtigung. Zahlreiche spezialisierte Forschungseinrichtungen wurden daher in den neunziger Jahren abgeschafft oder umgewidmet.

Die Finanzierung der Osteuropaforschung wurde beschnitten, da die Bedrohung durch den »Ostblock« nicht mehr bestand. Die Entwicklung des Faches trat auf der Stelle. Erst 2011/12, als mit der Protestbewegung in Moskau ein neues positives Interesse an Russland entstand, gewann die Befassung mit den postsowjetischen Gesellschaften wieder an Attraktivität. Die Annexion der Krim im Frühjahr 2014 und das gewaltsame Ausgreifen Russlands in die Ostukraine, schuf eine neue Lage: Russland wurde nun wieder als Bedrohung empfunden. Das war – der Zynismus sei erlaubt – eine gute Voraussetzung, um eine bessere Finanzierung für die Osteuropaforschung zu erreichen.

Allerdings ist der Ansatz zum Aufbau eines neuen bundesgeförderten Osteuropa-Instituts in Berlin vorläufig gescheitert. Zwar hat das Auswärtige Amt eine Finanzierung bereitgestellt, doch ist es nicht gelungen, eine Forschungseinrichtung zu schaffen, die politikrelevante Themen wissenschaftlich bearbeitet und sich in ihrer Arbeit Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlt. Das liegt an Fehlentscheidungen bei der Vorbereitung der Institutsgründung, die ich als Koordinator der Gründung zu verantworten habe.

Politik und Wissenschaft

Wissenschaft steht im Dienste der Gesellschaft und kann sich ihrer gesellschaftlichen und politischen Aufgabe nicht entziehen. Doch die Interaktion mit Politik und Öffentlichkeit vollzieht sich nicht ohne Probleme.

Es war Max Weber, der in den Jahren 1917 und 1919 in der Phase des Zerfalls des Kaiserreichs und des Übergangs zur Republik die spezifischen Besonderheiten von Politik und Wissenschaft herausgearbeitet hat. Politik definiert er als »Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung«. Welchen Sinn, welche Sache ein Politiker verfolgt, ist aber »Glaubenssache«. Insofern trifft die Politik Wertentscheidungen, die im politischen Handeln umgesetzt werden. Dagegen setzt sich Wissenschaft als »fachlich betriebener Beruf« mit menschlichem Handeln auseinander, entwickelt zu seiner Analyse das gedankliche Handwerkszeug und verschafft auf diese Weise »Klarheit«, indem sie die Mittel an die Hand gibt, Voraussetzungen und Konsequenzen von Entscheidungen sachgerecht zu analysieren.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen den Welten Politik und Wissenschaft, den Weber, aber auch Habermas, von Beyme und viele andere beschrieben

haben, wird auch in der alltäglichen Beratungspraxis erfahrbar. Politiker und Wissenschaftler haben unterschiedliche Aufgaben und sie verfolgen verschiedene Ziele: Politik agiert handlungs- und entscheidungsorientiert. In einem demokratischen System muss sie Kompromisse eingehen und auf Konsensbildung setzen; Wissenschaft arbeitet erkenntnisorientiert, sie muss keine Entscheidungen treffen oder Kompromisse eingehen – sie ist an die Regeln und Methoden des Faches gebunden (und an die Gepflogenheiten des Wissenschaftsbetriebes).

Wissenschaftliche Analyse leistet einen Beitrag bei der politischen Entscheidungsfindung, doch sie steht in einem Spannungsverhältnis zur Politik, die ihre Ziele in der fortgesetzten Auseinandersetzung mit den Interessengruppen, der Öffentlichkeit und der Notwendigkeit rationaler Problemlösung immer wieder neu formuliert. Dabei nehmen Politiker die Rolle der Wissenschaft durchaus anders wahr, als die Wissenschaftler selbst. Klaus von Beyme hat 1984 vier Funktionen aufgezählt, die wissenschaftliche Beratung in den Augen von Politikern haben kann: sie kann dabei helfen, frühzeitig Probleme zu erkennen; Konflikte zu versachlichen; und eine Überwachungsfunktion in den Bereichen übernehmen, die der Politik tagesaktuell nicht relevant erscheinen. Schließlich dienen wissenschaftliche Ergebnisse den politisch Verantwortlichen häufig zur Rechtfertigung von Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit. Das ist zweifellos problematisch, weil Wissenschaft damit politisch in den Dienst genommen wird und so den Wissenschaftscharakter verliert.

Der Beratungsalltag

Die Praxis der Beratung war für viele Wissenschaftler eher eine frustrierende Erfahrung. Heinrich Vogel, bis zur Schließung des Kölner Bundesinstituts dessen Direktor, gab 2002 seinem Vortrag zum Thema den Titel: »Wissenschaftliche Politikberatung: Who cares?« Wolfgang Streeck, bis 2014 Direktor des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, überschrieb seinen Aufsatz: »Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik«. Und der österreichische Friedensforscher Heinz Gärtner betitelte seinen Artikel: »Wissenschaftliche Politikberatung in der internationalen Politik: Ein Mythos«. Der Frustration auf Seiten der Wissenschaftler steht auf Seiten der Politik erheblicher Zweifel an dem Nutzen wissenschaftlicher Ratschläge gegenüber.

Die Erfahrung zeigt, dass die direkte Übertragung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in politisches Handeln nicht möglich ist. Politik- und Wissenschaftsbetrieb sind zu unterschiedlich. Wissenschaftliche Politikberatung erfordert daher eine nicht unerhebliche Transferleistung. Dazu gehört auch, dass

der Forscher ein Grundverständnis des Politikbetriebs erwirbt und sich darüber Gedanken macht, was Politiker und Apparate antreibt, welche Ziele sie verfolgen, wie sie denken. Natürlich birgt diese Annäherung die Gefahr, dass die Beratung den wissenschaftlichen Charakter einbüßt, und dass der Wissenschaftler von der Politik benutzt wird, um politisches Handeln zu legitimieren. Die Antwort auf die Frage, wieweit er sich darauf einlassen soll, muss jeder Wissenschaftler sich selber geben.

Jenseits solcher ethischer Überlegungen ergeben sich im Alltag praktische Hindernisse für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Dabei geht es um die Themenfindung, die Differenz von Zeitvorstellungen, die Darstellungsformen und die Bereitschaft der Politik, wissenschaftliche Erkenntnisse zu akzeptieren – ihre Beratungsfähigkeit.

Die Fähigkeit, die »richtigen« Themen zu bearbeiten, rechtzeitig – den politischen Zeitvorgaben folgend – Ergebnisse vorzulegen und das Vertrauen der Politiker zu gewinnen, beeinflusst die Möglichkeiten des Wissenschaftlers, sich auf dem Beratungsmarkt zu behaupten. Denn Wissenschaft hat kein Monopol in der Politikberatung, im Gegenteil es gibt viele Akteure, die Beratung anbieten und sich bemühen, auf Entscheidungsprozesse einzuwirken. Politiker und ihre Stäbe haben verschiedene Möglichkeiten, sich sachkundig zu machen:

- Sie können dies auf direktem Wege tun; z. B. durch Gespräche mit ausländischen Politikern, auf internationalen Konferenzen;
- Sie werden durch ihre Apparate informiert; z. B. durch Botschaftsberichte, interne Analysen, Gesprächszettel, durch Informationsgespräche;
- Befinden sie sich in der entsprechenden offiziellen Position, werden sie auch durch die »Dienste« informiert, die über Quellen verfügen, die Wissenschaftlern nicht zugänglich sind;
- Sie können sich über die Medien informieren; nach meiner Erfahrung wird dieses Mittel intensiv genutzt, daher sind Veröffentlichungen in der Presse für Wissenschaftler auch eine Möglichkeit, ihre Einsichten der Politik nahe zu bringen;
- Die im Bundestag vertretenen Parteien haben eigene politische Stiftungen, die auch Auslandsvertretungen haben. Deren Mitarbeiter sind in der Regel gut informiert und spielen bei der Unterrichtung der Politiker eine große Rolle;
- Information wird auch von Interessengruppen und Lobbyisten (Industrie, Consultings, Zivilgesellschaft, ausländische Akteure) an die Politik herangetragen.

Auf diesem Informationsmarkt muss sich Wissenschaft durchsetzen. Sie hat in diesem »Rattenrennen« den Vorteil, dass sie den »Mythos Wissenschaft« ins Feld füh-

ren kann. Denn die Mehrzahl der Entscheider schmückt sich gern mit dem Urteil, ihr Handeln sei wissenschaftlich begründet.

Bilanz

Wissenschaftliche Politikberatung ist ein schwieriges und durchaus problematisches Geschäft. Ein Wissenschaftler, der sich auf Politikberatung einlässt, sollte sich eine Reihe Fragen stellen, die sich auch auf seine eigene Rolle beziehen:

- Ist der Rat »gut«? Ist die Analyse zutreffend? Sind die Empfehlungen geeignet, das Problem zu lösen? Sind die Problemlösungen politisch, juristisch und verfahrenstechnisch umsetzbar?
- Erreicht wissenschaftliche Beratung die Politik? Wie kann sie sich auf dem Informationsmarkt durchsetzen?

- Ist das Gegenüber beratungsfähig?
- Welche Kompromisse muss der Wissenschaftler eingehen? Wann ist er Bürger, wann ist er Wissenschaftler? Ist die Politikberatung wissenschaftlich? Oder agiert er selbst schon als Politiker?

Wenn man sich bei der Beantwortung einer oder mehrerer dieser Fragen unsicher ist, ist es vielleicht redlicher, nicht in den Beratungsprozess einzutreten. Trotzdem sollte sich ein Wissenschaftler grundsätzlich der Aufgabe der Beratung stellen. Er sollte mit seinem Wissen sowohl der Exekutive – den Regierenden und ihren Stäben – als auch der Legislative und der Gesellschaft dienen. Dabei sollte er sich und seine Bedeutung im politischen Prozess nicht überschätzen.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder habilitierte sich 1994 an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Osteuropäische Geschichte und lehrte u. a. am Osteuropa-Institut der FU Berlin als apl. Professor »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin gearbeitet. 2003 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Heiko Pleines die Russland-Analysen gegründet, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis April 2017 war. 2015–2016 war er Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die Gründung eines Osteuropa-Instituts.

Bibliografie

- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: Leitlinien Politikberatung, Berlin 2008, http://www.bbaw.de/bbaw/Akademie/dateien_bilder/LeitlinienPolitikberatungFinal.pdf.
- Beyme, Klaus von (1988): Politik und wissenschaftliche Information der Politiker in modernen Industriegesellschaften, in: ders. (Hrsg.): Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München: Piper, S. 347–368.
- Bonß, Wolfgang (2004): Zwischen Verwendung und Verwissenschaftlichung. Oder: Gibt es eine ›Lerngeschichte der Politikberatung?, in: Zeitschrift für Sozialreform, 50, Heft 1–2, S. 32–45.
- Gärtner, Heinz (2007): Wissenschaftliche Politikberatung in der internationalen Politik: Ein Mythos, in: Fröschl, Erich; Kramer, Helmut; Kreisky, Eva (Hrsg.): Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik, Wien: Braumüller, S. 197–208.
- Messner, Dirk (2003): Wissenschaftliche Politikberatung: einige Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Hirscher, Gerhard; Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Information und Entscheidung: Kommunikationsmanagement der politischen Führung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 163–183.
- Sapper, Manfred (2012): Niedergang und Neuanfang. Die Krise der deutschen Russlandexpertise, in: Osteuropa, 62, Nr. 6–8, S. 505–520.
- Streeck, Wolfgang (2009): Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. MPIfG Working Paper 09/11, <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-11.pdf>.
- Vogel, Heinrich (2002): Politikberatung – Who cares? Wissenschaft über Osteuropa (Mitschrift einer Ringvorlesung im WS 2001/2002), in: Klaus Segbers / Katja Mielke (Hg.) Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft. Heft 41, <https://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP41.pdf>, S. 5–9.
- Weber, Max (1917/1919): Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1994 (= Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe Band I/17 hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod), 151 S.
- Weingart, Peter; Lentsch, Justus (2008): Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Eine Publikation der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Forschungsberichte. Herausgegeben von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Band 22, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 336 S.

Wirtschaftsexpertise in Russland

Vera Rogova (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)

Zusammenfassung

ExpertInnen sind eng in die Ausgestaltung von Wirtschaftspolitik in Russland eingebunden und nehmen wichtige beratende Funktionen wahr. Durch ihr spezifisches Fachwissen gelingt es ihnen, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Wie der Fall des Zentrums für Strategische Studien zeigt, ist ihre Unabhängigkeit dennoch eingeschränkt. Oftmals fungieren sie nicht als unabhängige Akteure, die gesellschaftliche Kontrolle gegenüber der Regierung ausüben, sondern werden mobilisiert, um Legitimation für politische Entscheidungen zu schaffen. Der Einfluss von WirtschaftsexpertInnen bleibt somit zumeist in einem engen, sorgfältig kontrollierten oder sogar vom russischen Regime selbst konstruierten Raum.

Einleitung

In Hunderten von Universitäten, Instituten und Think Tanks in ganz Russland arbeiten WissenschaftlerInnen und ExpertInnen an ökonomischen Fragestellungen. Diese Expertise fließt ein in Lehre, wissenschaftliche Publikationen und Politikberatung und beeinflusst somit politische Entscheidungen und die öffentliche Meinung. Auf den ersten Blick gibt es in Bezug auf die Rolle der Wirtschaftswissenschaften kaum Unterschiede zu ihren Pendanten etwa in westlichen Ländern.

Und dennoch befinden sich WirtschaftsexpertInnen in Russland in einer komplizierten Lage. Einerseits geht mit dem autoritären politischen Regime auch eine Einschränkung der Zivilgesellschaft und der Meinungsfreiheit einher. So erreicht Russland laut Bertelsmann Transformationsindex (BTI) seit 2008 lediglich 4 aus 10 Punkten im Bereich Meinungsfreiheit, da verschiedene Gesetze zur Einschränkung von NGOs und politischer Druck auf die Medien die Möglichkeiten einer pluralistischen Meinungsäußerung deutlich reduzieren.

Andererseits braucht die russische Regierung ökonomische Expertise, da wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine wichtige Legitimitätsquelle des Regimes darstellt. Der in den 2000er unter Putin begründete Gesellschaftsvertrag beruht darauf, dass die russische Regierung in der Lage ist, Stabilität und steigende Lebensstandards zu garantieren – im Gegenzug toleriert ein Großteil der Bevölkerung gewissermaßen die Einschränkung ihrer politischen und bürgerlichen Freiheiten. Somit kann jede Wirtschaftskrise zu politischer Instabilität führen und potenziell sogar das Regime bedrohen. Das zeigte sich zum Beispiel 2005 bei den Demonstrationen gegen die sogenannte Monetarisierung von Sozialleistungen oder bei Protesten in den Monoindustriestädten im Zuge der Wirtschaftskrise von 2009. Wirtschaftspolitische Themen stehen also weit oben auf der politischen Agenda und es ist der russischen Regierung viel daran gelegen, in diesem Bereich Kompetenz und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Ökonomische Expertise – Instrumente und Strategien

Trotz Einschränkungen können ExpertInnen gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik somit Einfluss auf die russische Regierung nehmen und sich auch explizit kritische Positionen erlauben. Dies nimmt zum Teil auch institutionalisierte Formen an. ExpertInnen arbeiten zum Beispiel innerhalb von Räten beim Präsidenten der Russischen Föderation, die als offizielle Struktur mit beratender Funktion etabliert werden. Mitglieder des 2012 von Wladimir Putin für die Dauer seiner dritten Amtszeit ins Leben gerufenen Wirtschaftsrats beim Präsidenten waren beispielsweise neben Amtsträgern wie Elwira Nabiullina, Arkadij Dworkowitsch und German Gref (mittlerweile Chef der Sberbank) auch WissenschaftlerInnen wie Alexandr Auzan von der Moskauer Staatlichen Universität oder Alexandr Dynkin vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO).

Eine weitere Eigenschaft der russischen Wirtschaftspolitik unter Putin ist die Arbeit mit mittel- und langfristigen Strategien, die bestimmte Ziele definieren und Szenarien zu ihrer Erreichung festlegen. An der Ausarbeitung dieser Pläne beteiligen sich üblicherweise einige Hundert bis hin zu über Tausend ExpertInnen, zum Teil auch aus dem Ausland. Anschließend werden sie der russischen Regierung vorgelegt und formell als Regierungsdokumente beschlossen oder fließen zumindest in politische Entscheidungen mit ein.

Zu den bekanntesten zählt zum einen die »Strategie 2010« (ru.: *Strategija 2010*), die zu Beginn von Putins erster Amtszeit unter der Federführung von German Gref ausgearbeitet und im Juni 2000 von der Regierung angenommen wurde. Es folgten die »Strategie 2020« (ru.: *Strategija 2020*) vom November 2008 und ihre überarbeitete Fassung vom März 2012. Auf Grundlage des letzteren Dokuments formulierte Putin im Mai 2012 seine ersten elf Mai-Erlässe, die auch die zentralen Ziele im Bereich sozio-ökonomischer Entwicklung bis 2020

definierten. Bereits seit Juni 2014 läuft die Erarbeitung einer »Strategie 2035«, die jedoch bis heute nicht abgeschlossen ist. Unterhalb der föderalen Ebene existieren zudem unzählige Strategien mit regionalem oder sektorialem Schwerpunkt. Eine Gemeinsamkeit dieser Dokumente ist indes ihre fehlende Umsetzung. So befand etwa eine Untersuchung der Ergebnisse der »Strategie 2010«, eigentlich eines der erfolgreichsten Programme, dass auch ihre Umsetzung zu lediglich 36 Prozent gelungen sei. Diese Erfahrung lässt die russische Bevölkerung und selbst die beteiligten ExpertInnenkreise mit einiger Skepsis auf die Ausarbeitung des jeweils nächsten Programms blicken.

Die Einbindung von ExpertInnen in wirtschaftspolitischen Fragen erfüllt dennoch zwei wichtige Funktionen. Zum einen geht es tatsächlich darum, Maßnahmen zu planen und verfügbare Instrumente richtig einzusetzen. So lässt sich zum Beispiel zeigen, dass liberale WirtschaftsexpertInnen auch unter Putin relative Handlungsfreiheit genossen und aus ihrer Sicht richtige Maßnahmen zum Teil gegen starke politische Widerstände durchsetzen konnten. Die Schaffung eines Stabilisierungsfonds aus überschüssigen Erlösen aus den Energieexporten im Jahr 2004 war beispielsweise politisch höchst umstritten, da diese als Alternative für kurzfristige sozialpolitische Maßnahmen genutzt werden sollten. Vor allem der damalige Minister für wirtschaftliche Entwicklung German Gref und der damalige Finanzminister Alexej Kudrin setzten die Idee eines solchen Fonds jedoch durch, was Russland letztlich half, die Wirtschaftskrise 2009 einigermaßen unbeschadet zu überstehen.

Andererseits dient die Zusammenarbeit mit ExpertInnen der Demonstration partizipativer Elemente, einer breiten Einbeziehung von Fachmeinungen und der Fähigkeit zur strategischen Planung gegenüber der russischen Bevölkerung. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Rolle des Zentrums für Strategische Studien (ru.: *Zentr strategičeskich rasrobotok*, eng.: *Center for Strategic Research, CSR*), das zuletzt im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018 eine wichtige Rolle im wirtschaftspolitischen Diskurs in Russland spielte.

Das Zentrum für Strategische Studien (CSR)

Das Zentrum für Strategische Studien mit Sitz in Moskau entstand 1999 auf Initiative Wladimir Putins, damals noch Premierminister unter Boris Jelzin. Mitbegründer dieser »nichtkommerziellen Organisation« (NKO) waren unter anderem die Nationale Forschungsuniversität »Higher School of Economics« (HSE), das Institut für Wirtschaftsprognosen der Russischen Akademie der Wissenschaften sowie das Zentrum für Wirt-

schaftsreformen bei der Regierung der Russischen Föderation, also sowohl Forschungseinrichtungen als auch staatliche Strukturen.

Unter der Leitung von German Gref, Dmitri Kosak und Dmitrij Mesenzew arbeitete das CSR bis Mai 2000 eine wirtschaftspolitische Strategie für die ersten Jahre der neuen russischen Regierung aus, bekannt als die »Strategie 2010«. Anschließend konzentrierte sich der Think Tank während der 2000er Jahre auf spezifische Politikbereiche und regionale Entwicklung, zum Beispiel unter der Leitung der späteren Zentralbankchefin Elwira Nabiullina 2003–2005. Arbeitsbereiche umfassen makroökonomische Themen wie Management von Staatseigentum, Zölle und Exporte oder die Förderung von unternehmerischer Tätigkeit; urbane Planung, Transport und Infrastruktur und Tourismus; sowie Innovationen und Forschung und Entwicklung. Wie die Besetzung der Leitungsebene bereits andeutet, gilt das CSR als wirtschaftlich liberal und reformorientiert.

Trotz der engen Zusammenarbeit mit der russischen Regierung agiert das CSR zumindest auf dem Papier finanziell unabhängig. So zeigte ein Finanzbericht der Organisation vom Oktober 2017, dass im Jahr 2016 lediglich 33 Millionen als Fördermittel aus dem Staatshaushalt stammten, während ca. 90 Prozent des Budgets oder 310 aus 340 Millionen Rubel »von russischen Organisationen und Privatpersonen« getragen wurden. Diese Zahlen wurden von internationalen Beobachterorganisationen wie Transparency International allerdings in Frage gestellt, da dies ein zu kleiner Haushalt für eine Institution dieser Größenordnung sei.

Das CSR und die Präsidentschaftswahl 2018

Ökonomische Themen spielten im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2018 eine große Rolle. Mit westlichen Sanktionen und dem Ölpreisverfall auf den globalen Märkten in Kombination mit den strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft hatte die russische Bevölkerung mit den Auswirkungen einer Rezession und leerer Staatskassen zu kämpfen. Dies wirkte sich allmählich auch auf die gesellschaftliche Stimmung und die Umfragewerte der russischen Regierung aus. Vor diesem Hintergrund wurde Alexej Kudrin im April 2016 damit beauftragt, ein Wirtschaftsprogramm für den Zeitraum 2018–2024 zu entwerfen. Dazu sollte er die Leitung des CSR übernehmen, wie Putin persönlich während der Sendung »Direkter Draht« andeutete.

Dieser persönliche Rückhalt und die Wahl Kudrins erscheint insofern interessant, dass der ehemalige Finanzminister als Wirtschaftsliberaler bekannt ist. Sein Amt als Finanzminister verlor er 2011 nach einer Auseinandersetzung und öffentlicher Kritik am damaligen

Präsidenten Dmitrij Medwedew, bei der Kudrin sich gegen eine Erhöhung der Militärausgaben aussprach. Anschließend kündigte er an, eine eigene Partei gründen zu wollen und beteiligte sich an den Protesten gegen Wahlmanipulationen bei den Duma- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012.

Das CSR arbeitete entsprechend ein liberales Wirtschaftsprogramm aus, das auf Themen wie Verbesserung des Investitionsklimas, Deregulierung und Diversifizierung setzte. Das Dokument wurde Putin 2017 im Rahmen mehrerer persönlicher Treffen vorgestellt, ohne dass es für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde. Kudrin veröffentlichte jedoch zusammen mit einem Koautor einen Artikel in der russischen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift *Russian Journal of Economics*, aus dem einige Inhalte hervorgingen. Ebenso veröffentlichte das CSR auf seiner Homepage einen Überblick über das Programm, der jedoch reichlich unpräzise gehalten war. Darin wurden sieben »Strategische Prioritäten« präsentiert: 1) soziale Entwicklung, 2) Förderung unternehmerischer Initiative, 3) technologische Entwicklung, 4) Diversifizierung der Exporte und Förderung der Integration in die Weltwirtschaft, 5) administrative Reform, 6) Entwicklung der Städte und der Regionen, 7) Sicherheit und Rechtsicherheit.

Das CSR blieb jedoch nicht die einzige Organisation, die im Vorfeld der Wahlen prominent im wirtschaftspolitischen Diskurs auftrat. Bereits im Sommer 2016 erließ Putin einen Auftrag, mit dem der Stolypin Klub um Boris Titow, den Beauftragten für Unternehmensrechte des russischen Präsidenten, damit beauftragt wurde, einen Gegenentwurf zu Kudrins Strategie zu formulieren. Der Stolypin Klub ist 2014 als wirtschaftspolitische Plattform gegründet worden, die vor allem konservative und staats-dirigistische Stimmen vereint. Sein Name geht zurück auf Pjotr Stolypin, Innenminister des Russischen Reiches 1906–1911, Monarchist und Initiator umfassender Agrarreformen. Bis 2017 bereitete diese Organisation das Dokument »Strategie des Wachstums« (ru.: *Strategija rosta*) vor, das Putin ebenfalls bei einem persönlichen Treffen im Mai 2017 präsentiert wurde.

Es zeigt sich, dass ExpertInnen im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2018 aktiv an der Ausgestaltung des wirtschaftspolitischen Programms beteiligt waren, und zwar sowohl aus dem liberalen, als auch aus dem eher konservativen Lager. Einige ihrer Vorschläge sind auch in politische Entscheidungen eingeflossen. So finden sich in den Mai-Erlässen, die Putin unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Mai 2018 als Auftrag an die Regierung für die folgenden sechs Jahre unterzeichnete, mehrere Passagen aus dem CSR-Programm. Ein Beispiel ist die Verringerung des Anteils der Energieexporte am Gesamtvolumen der russischen Exporte

und – im Gegenzug – die Steigerung der Exporte im Bereich Agrarprodukte und Dienstleistungen. Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Umstrukturierung des Staatshaushalts, um eine effizientere Verwendung der vorhandenen finanziellen Mittel zu erreichen. Ein konkreter Vorschlag war hier die sukzessive Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre für Männer und 63 Jahre für Frauen bis 2034. Diese – gesellschaftlich höchst unbeliebte und umstrittene – Reform mit erheblichem Mobilisierungspotenzial ist bereits im Sommer 2018 genau so umgesetzt worden. Für ein politisch autoritäres Land wie Russland können dieser inklusive Prozess und die Einbeziehung unterschiedlicher Positionen überraschend erscheinen. Dieser vordergründig positive Befund ist jedoch mit Vorsicht zu behandeln.

Unabhängige Expertise oder nur ein Feigenblatt?

Das Zentrum für Strategische Studien versteht sich laut eigener Website als Think Tank mit Schwerpunkt auf strategische Analysen und Politikberatung. Auch die Betonung der finanziellen Unabhängigkeit von der russischen Regierung soll den autonomen Charakter der Organisation unterstreichen. Dennoch ist die Nähe des CSR zu offiziellen Strukturen und somit zum russischen Regime unübersehbar.

Nicht nur die Gründung der Organisation geht unmittelbar auf Putin zurück, auch die personelle Besetzung weist in diese Richtung. Dies wurde nach der Präsidentschaftswahl 2018 noch einmal besonders deutlich. Unmittelbar nach der Wahl und dem erneuten Wahlsieg Putins wurde Kudrin der Posten des Leiters des Rechnungshofes angeboten, den er im Mai des Jahres antrat; im September trat er als Leiter des CSR zurück. In seiner Sitzung am 19. November setzte der Rat der Organisation einen Erlass des Premierministers Dmitrij Medwedews vom Oktober des Jahres um, der sie fortan dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung unterstellte. Als neuer Leiter wurde – schon wenig überraschend – Maxim Oreschkin eingesetzt, gleichzeitig Minister für wirtschaftliche Entwicklung. Diese Umstrukturierung des CSR und der nachfolgende Werdegang Kudrins wurde in Fachkreisen und den regimekritischeren Medien wie *Nowaja Gaset*a sehr kritisch aufgenommen, da fortan ein zentraler, reformorientierter Akteur in Wirtschaftsfragen fehlen werde. Tatsächlich scheint einige Monate später der prophezeite Bedeutungsverlust des CSR einzutreten. Einige der MitarbeiterInnen haben mit Kudrin zum Rechnungshof gewechselt, andere haben gekündigt; der zu Hochzeiten über 1.200 Personen umfassende, mit dem CSR assoziierte ExpertInnenkreis ist deutlich reduziert. In öffentlichen Debatten spielt die Organisation abseits

der Person Oreschkins, der jedoch eher als Minister auftritt, aktuell kaum eine Rolle. Gleichzeitig ist nicht auszuschließen, dass das CSR wieder reaktiviert werden kann, so wie es auch mit der Nominierung Kudrins im Jahr 2016 geschehen ist. Voraussetzung hierfür ist aber wohl eher ein Interesse der russischen Regierung, als die eigene Bemühung um unabhängige Impulse für den wirtschaftspolitischen Politikbetrieb.

Fazit

Die Geschichte des CSR steht stellvertretend für die Rolle von WirtschaftsexpertInnen und wirtschaftswis-

senschaftlichen Think Tanks in Russland. Im autoritären politischen System gibt es nur wenig Platz für echte Distanz zur Politik und für die Entwicklung unabhängiger Expertise, Meinungen und Strategien. ExpertInnen können mit ihrem Fachwissen zwar Schwerpunkte setzen und auch Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, doch geschieht dies zumeist in einem engen, sorgfältig kontrollierten oder sogar vom russischen Regime selbst konstruierten Raum.

Über die Autorin

Vera Rogova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie forscht zu wirtschaftlichen Reformpolitiken in autoritären Staaten sowie zur russischen Innen- und Außenpolitik.

Bibliografie

- Kudrin, Alexey; Ilya Sokolov (2017): Fiscal maneuver and restructuring of the Russian economy, in: Russian Journal of Economics, Vol. 3, Nr. 3, S. 221–239.
- Miller, Chris (2018): Putinomics: Power and Money in Resurgent Russia, University of North Carolina Press, Chapel Hill.
- Okunev, Igor (2019): Foreign Policy Think Tanks in Russia: Trends and Obstacles, in: Russian Analytical Digest, Nr. 234, 28. März 2019, https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/en/publications/rad/details.html?id=/n/o/2/3/no_234_russian_think_tanks_and_foreign_p
- Starodubtsev, Andrey (2017): How does the government implement unpopular reforms? Evidence for education policy in Russia, in: Gelman, Vladimir (Hrsg.), Authoritarian Modernization in Russia. Ideas, institutions, and policies, Routledge, Milton Park/New York.

TABELLE ZUM TEXT

Strategie-2010 und Strategie-2020: Eine Bilanz

Tabelle 1: Umsetzung von Strategie-2010 und Strategie-2020 nach Expertenbeurteilung

Strategie-2010		Strategie-2020	
Bereich	Umsetzungsgrad %		Bereich
Föderalismus und lokale Selbstverwaltung	72	12	Kap. 23. Föderalismus, lokale Selbstverwaltung, föderale Finanzbeziehungen
Schaffung effektiver föderaler Finanzbeziehungen			
Renten	63	40	Kap. 6. Reform des Rentensystems
Reform des staatlichen Wohnungsbaus	39	17	Kap. 14. Staatlicher Wohnungsbau
Sozialhilfe	31	19	Kap. 12. Verringerung der sozialen Ungleichheit und Armutsbekämpfung
Bildung	24	36	Kap. 10. Berufsbildung
		60	Kap. 11. Die neue Schule
Medizinische Versorgung und Sozialversicherung	20	34	Kap. 13. Gesundheitswesen
Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen und Beschäftigung	10	26	Kap. 8. Arbeitsmarkt
			Kap. 9. Migrationspolitik
Reform des Steuersystems	73	33	Kap. 5. Steuerpolitik
Haushaltspolitik	55	40	Kap. 4. Haushalts- und Geldpolitik, makroökonomische Indikatoren und Wirtschaftsentwicklung
Kredit- und Geldpolitik	55	24	Kap. 22. Reform des öffentlichen Sektors
Förderung innovativer Wirtschaftssektoren	39	30	Kap. 3. Von der Innovationsförderung zu innovativem Wachstum
Reform des Bankensektors	37	42	Kap. 7. Entwicklung des Finanz- und Bankensektors
Entwicklung des Fondsmarkts			
Strukturpolitik	34	30	Kap. 2. Strategien zur Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas mit dem Ziel des Übergangs zum Modell der stabilen Wirtschaftsentwicklung
Deregulierung	15		Kap. 18. Optimierung staatlicher Regulierung
Internationale Integration	13	32	Kap. 24. Russland in der Welt: die ökonomische Dimension
		46	Kap. 25. Förderung der ökonomischen und sozialen Integration auf dem post-sowjetischen Raum

Quelle: CSR, »Analis faktorow realizazii dokumentow strategitscheskogo planirovanija wysschego urownja«, 2016, S. 28–29, <https://csr.ru/wp-content/uploads/2016/12/Report-on-strategy.pdf>

Außenpolitikexperten in Russland: Zwischen Forschung, Beratung und Propaganda

Alexander Graef (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg)

Zusammenfassung

Die russische Außenpolitik ist Präsidialpolitik. Gesellschaftliche Kräfte haben traditionell wenig Einfluss. Während in der Sowjetunion ein institutionalisiertes System der politischen Beratung und Forschung bestand, löste sich dieses nach 1991 weitgehend auf. Anstatt dessen entwickelten sich neue private Netzwerke und Einzelpersonen erhielten sporadisch Zugang zu politischen Entscheidungsträgern. Seit Ende der 2000er bemüht sich der Staat zunehmend um die Konsolidierung der russischen Expertenlandschaft. Im Zuge des militärischen Konfliktes in der Ukraine und der Annexion der Krim ist jedoch vor allem der Bedarf an politischer Legitimation durch Experten gestiegen.

Akademische Institute in der Sowjetunion

Außenpolitisches Wissen außerhalb der staatlichen Bürokratie wird in Russland traditionell in der Akademie der Wissenschaften und einigen wenigen Universitäten generiert. Mit dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht nach Ende des Zweiten Weltkrieges vergrößerte sich vor allem der Bedarf an Regionalexpertise. Unter KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow entstanden in den 1950er und 1960er Jahren deshalb diverse Institute zur Erforschung verschiedener Weltregionen. Besonders bedeutend wurden das 1956 wiedergegründete Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) und das erst 1967 geschaffene Institut für die USA, das 1974 auch für Kanada zuständig wurde (ISKAN). Obwohl die Wissenschaftler an beiden Einrichtungen mit ihren unorthodoxen, differenzierten Analysen der kapitalistischen Wirtschaft die Entspannungspolitik der 1970er Jahre beförderten, blieben sie letztlich Fremdkörper im sowjetischen außenpolitischen Entscheidungsprozess. Anstatt Ideengeber zu sein, war ihre Rolle mit wenigen Ausnahmen auf die öffentliche Legitimation der offiziellen Politik beschränkt.

Dies änderte sich Mitte der 1980er Jahre unter KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow. Im Kontext von Perestroika und Glasnost eröffnete er Wissenschaftlern den Zugang zur operativen Politik. Auf der Suche nach neuen Konzepten bediente sich die politische Führung den an ISKAN und IMEMO produzierten Ideen. Ausschlaggebend für deren Einfluss war neben dem persönlichen Interesse Gorbatschows die personelle Nähe zwischen Instituten und Politik: 1985 wechselte IMEMO-Direktor Aleksandr Jakowlew, der geistige Vater der Perestroika, als Sekretär der Abteilung für Ideologie in das Zentralkomitee. Sein Nachfolger am IMEMO, Ewgenij Primakow, wurde 1989 zum Vorsitzenden des Unionsrates des Obersten Sowjets ernannt.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 änderte sich die soziale und politische Stellung der Wis-

senschaftler radikal. Die staatfinanzierten akademischen Institute verloren einen Großteil ihrer bisherigen Finanzierung. Angesichts der wirtschaftlichen Krise verließen viele, vor allem jüngere Mitarbeiter die Wissenschaft und suchten sich eine neue Tätigkeit in der nunmehr freien Wirtschaft. Gleichzeitig kam die institutionelle Einbindung der Institute in den zuvor von der KPdSU durchorganisierten Politikprozess zum Erliegen und außenpolitische Themen rückten weitgehend in den Hintergrund.

Stattdessen bildeten sich in den 1990er Jahren aus den Instituten heraus kleinere Beratungs- und Forschungsgruppen, deren Arbeit jedoch fast ausschließlich auf ausländische Finanzierung angewiesen blieb. In vielen Fällen handelte es sich lediglich um Einmannbetriebe, die sich bald wieder auflösten. Dennoch gelang es einigen jüngeren Mitarbeitern der Institute und Universitäten angesichts des gesellschaftlichen Umbruchs Kontakte in die politische Elite zu knüpfen oder selbst Teil dieser Elite zu werden. Maßgeblich dafür wurden u. a. die Wahlen zu den Kongressen der Volksdeputierten ab 1987 und die Integration von jungen Mitarbeitern in die seit Frühling 1990 bestehende Administration von Präsident Gorbatschow. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden einige Wissenschaftler darüber hinaus Abgeordnete der 1993 eingeführten Staatsduma oder fanden sich im direkten Umfeld von Präsident Boris Jelzin wieder. Diese unmittelbare Beteiligung am Aufbau des neuen Staates legte zusammen mit dem Fehlen des akademischen Nachwuchses den Grundstein für die langanhaltende Dominanz der in den 1950er Jahren geborenen sowjetischen Babyboomer unter den russischen Außenpolitikexperten. Diese hält zum Teil noch bis heute an.

Außenpolitikexperten im Russischen Präsidialsystem

Außenpolitik in Russland ist Präsidialpolitik. Anders als in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen weist

die russische Verfassung dem Präsidenten explizit die alleinige Leitung zu (Art. 86). Die Zentralisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses ist deshalb bereits rechtlich angelegt. Grundsatz- und Richtungsentscheidungen hängen vom Präsidenten und seinem engsten Beraterkreis ab. Der Einfluss von gesellschaftlichen Akteuren ist gering.

Dennoch bestand in den 1990er Jahren ein politischer Meinungspluralismus, der sich auch in der Opposition gegenüber dem Kurs von Präsident Jelzin in der Staatsduma äußerte. Teile der außenpolitischen Eliten und Experten schlossen sich 1992 im Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP) zusammen. Der Gruppe von Wissenschaftlern, Unternehmern, Militärs, Diplomaten und Journalisten gelang es, auch aufgrund bedeutender politischer Ämter ihrer Mitglieder, punktuell Themen zu setzen und Debatten voranzutreiben, z. B. über die Union mit Weißrussland, Drogenbekämpfung und die dringend notwendige Militärreform. Gleichzeitig verliefen viele Initiativen und Ideen im Sande, weil den politischen Institutionen die Handlungsfähigkeit fehlte. Im »revolutionären Jahrzehnt« hatten interne Machtkämpfe und die Wiederwahl Jelzins 1996 Priorität.

Erst in den ersten beiden Amtszeiten Wladimir Putins als Präsident von 2000 bis 2008 erweiterten sich aufgrund steigender Staatseinnahmen die außenpolitischen Handlungsspielräume. Andererseits wurde eine Konsolidierung der politischen Eliten und damit der Entscheidungsfindung erreicht, die sich jedoch zunehmend ausschließlich auf den Präsidenten und die Präsidialadministration konzentrierte. Dagegen verloren andere politische Institutionen, darunter auch die jeweiligen außen- und verteidigungspolitischen Komitees in der Staatsduma und im Föderationsrat, ihre beratende Stellung, während Kritiker der Politik des Kremls ihre bisherigen Positionen einbüßten. Insbesondere nach den Parlamentswahlen 2003 verpassten ehemalige politische Schwergewichte und Experten wie Jurij Ryschow und Aleksej Arbatow den Wiedereinzug in die Duma. Auch das Außenministerium, das noch in den 1990er Jahren vor allem unter Evgenij Primakow eigenständige Positionen gegenüber dem Kreml entwickelt hatte, wandelte sich seit 2004 unter Leitung von Sergej Lawrow zum ausführenden Organ präsidentieller Politik. Es blieb jedoch zentraler Ansprechpartner für Experten aus den Instituten der Akademie der Wissenschaften und Universitäten, darunter der dem Ministerium unterstellten Bildungseinrichtungen, an denen maßgeblich der diplomatische Nachwuchs ausgebildet wird: des Staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) und der Diplomatischen Akademie.

Die Entscheidung Putins im Dezember 2007, den bisherigen stellvertretenden Premierminister und ehe-

maligen Gasprom Aufsichtsratsvorsitzenden Dmitrij Medwedew als seinen Nachfolger zu unterstützen, leitete eine Phase der (zumindest offiziell deklarierten) Modernisierung ein. Die russische Außenpolitik sollte künftig der Förderung von Innovationen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit im Inneren dienen. Experten und gesellschaftliche Interessengruppen wurden aktiv aufgerufen, sich an der Ideenfindung zu beteiligen. Das nach fast acht Jahren ununterbrochenem Wirtschaftswachstum wiedergewonnene politische Selbstbewusstsein schuf auch die Voraussetzung für staatliche Investitionen in die Entwicklung intellektueller Konzepte und deren weltweite mediale Verbreitung. Sinnbildlich für beide Trends in der Außenpolitik steht die Neugründung bzw. staatliche Förderung zweier Think Tanks in der Amtszeit Medwedews: des Instituts für zeitgenössische Entwicklung (INSOR) und des Russländischen Rates für Internationale Angelegenheiten (RIAC).

INSOR und RIAC: Zwei liberale Think Tanks

Das im März 2008 gegründete INSOR nahm sich explizit der vom Präsidenten angestrebten wirtschaftlichen Liberalisierung und gesellschaftlichen Öffnung an. Präsident Medwedew selbst wurde Vorsitzender des Kuratoriums. Die von Direktor Igor Jurgens und seinem Stellvertreter, dem früheren ISKAN-Mitarbeiter und ehemaligen Leiter der Abteilung für die Beziehungen zur EU in der Präsidialadministration, Sergej Kulik, geführte außenpolitische Agenda setzte maßgeblich auf die Generierung von Stabilität und guten Arbeitsbeziehungen zum Westen. Eine auf Frieden ausgerichtete Außenpolitik sollte im Dienste der innenpolitischen Entwicklung stehen und die ökonomische Modernisierung begünstigen. Das »Manifest zu Russlands Lage im 21. Jahrhundert«, das INSOR im Februar 2010 veröffentlichte, spekulierte z. B. über einen möglichen, künftigen Beitritt Russlands zur NATO.

Parallel dazu gründete Präsident Medwedew per Dekret im Februar 2010 RIAC als nicht-kommerzielle Partnerschaft unter Leitung des Außenministeriums. Als neue institutionelle Plattform sollte es dem Austausch und der Koordination von Außenpolitikexperten mit der Politik und der russischen Wirtschaft dienen. Es dauerte jedoch fast eineinhalb Jahre ehe der Rat unter der Präsidentschaft des ehemaligen russischen Außenministers Igor Iwanow seine Arbeit aufnehmen konnte. Generaldirektor wurde der frühere ISKAN-Mitarbeiter Andrej Kortunow mit langjähriger Erfahrung im Aufbau von NGOs und umfangreichen internationalen Kontakten.

Im Gegensatz zu den kompakten Instituten der Akademie der Wissenschaften fungieren INSOR und RIAC

eher als Netzwerke und Treffpunkte für Experten, die für konkrete Projektarbeit zusammenkommen. Insbesondere RIAC leistet mit Ausnahme der Führungsebene keine eigene inhaltliche Arbeit, sondern stellt lediglich notwendige Mittel für die Organisation von Veranstaltungen und die Durchführung von Analysen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten zur Verfügung. Gleichzeitig garantiert die Anbindung an das Außenministerium einen institutionellen Zugang zur operativen Politik, der auch durch die Mitgliedschaft von Personen aus dem direkten Umfeld des Präsidenten, darunter Außenminister Sergej Lawrow, Pressesprecher Dmitrij Peskow und dem Assistenten des Präsidenten für Außenpolitik Jurij Uschakow, im Rat gewährleistet wird.

Die Stellung von INSOR hingegen blieb von Anfang an vollständig an den Erfolg von Präsident Medwedew gebunden. Dessen im September 2011 aufgegebenen Wiederwahl, die INSOR Direktor Jurgens seit 2010 offen unterstützt hatte, beendete auch INSORs Rolle als präsidentieller Think Tank. Der Mitarbeiterstab von INSOR verkleinerte sich dramatisch und die Arbeit an innenpolitischen Themen wurde zugunsten der zu diesem Zeitpunkt noch als unverfänglicher geltenden Außenpolitik aufgegeben. Gleichzeitig blieb das Institut auch Dank der Kontakte von Jurgens Ansprechpartner für ausländische Experten und Mittler zwischen Russland und dem Westen.

Experten im zweiten Kalten Krieg

Die Rückkehr Wladimir Putins ins Präsidentenamt im Frühjahr 2012 beendete nicht nur die Nähe von INSOR und seinen Experten zur operativen Politik, sondern läutete auch einen generellen Kurswechsel ein. Anstatt einer Öffnung gegenüber westlicher Organisationen und einer verstärkten Zusammenarbeit mit diesen, vor allem mit der EU und NATO, intensivierte Russland seine Ambitionen bei der ökonomischen Integration Eurasiens und setzte innenpolitisch verstärkt auf die staatliche Kontrolle vermeintlich ausländischer Einflussnahme. Angesichts der Ereignisse in der Ukraine seit November 2013 und der russischen Intervention intensivierten sich bestehende Konflikte zwischen Befürwortern, Kritikern und Gegnern der staatlichen Politik auch unter Außenpolitikexperten.

Eine Gesetzesänderung im November 2012 verpflichtete politisch tätige russische NGOs, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhielten, sich als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen. Eine weitere Neuerung im Mai 2015 führte den Status »unerwünschte Organisation« für ausländische und internationale NGOs ein. Bis Ende August 2018 wurden insgesamt 15 Organisationen, die vor allem als direkte Geldgeber russischer NGOs fungiert hatten, verboten [Eine aktuelle

Liste der »unerwünschten Organisationen« ist verfügbar unter <https://minjust.ru/ru/activity/nko/unwanted>]. In der Folge lösten sich einige im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik tätigen russischen Institute auf. Dazu zählt beispielsweise das am Moskauer Institut für Physik und Technologie (MFTI) seit 1992 bestehende Zentrum zur Erforschung von Problemen der Rüstungskontrolle, Energie und Ökologie, das sich 2014 auch aufgrund der zu erwartenden Eintragung ins Register auflöste. Ein zentraler Geldgeber, die MacArthur Foundation, stellte seine Arbeit in Russland aufgrund des Gesetzes über »unerwünschte Organisationen« im August 2015 ein. Andere hatten, wie das vornehmlich in der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle engagierte PIR-Zentrum, mit der Aufnahme in das Register ausländischer Agenten zu kämpfen. Maßgeblich für die Förderung der nationalistischen Agenda wurde das Russländische Institut für Strategische Studien (RISI) unter Führung von Generalleutnant Leonid Reschetnikow, das in einem Bericht vom Februar 2014 dezidiert führende Experten-Institutionen, darunter das Moskauer Carnegie Zentrum, das PIR-Zentrum und selbst das Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften und die Russländische Vereinigung für Politikwissenschaft (RAPN), als vermeintliche Handlanger westlicher Interessen anprangerte und ihre Aufnahme in das Register ausländischer Agenten empfahl.

Währenddessen entwickelten sich politische Talkshows, darunter populäre Sendungen wie »Ein Abend mit Wladimir Solowjow«, »60 Minuten« oder »Die Zeit wird es zeigen« zur zentralen Bühne für die mediale Legitimation staatlicher Politik. Ein ganzes Heer von »Experten« kommentiert dort täglich das Weltgeschehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehört dieser Personenkreis jedoch nicht zur Gruppe anerkannter akademischer Spezialisten an den Instituten der Akademie der Wissenschaften oder der von der staatlichen Bürokratie zum Zweck des persönlichen Austauschs gelegentlich angefragten Experten. Dennoch ist ihre Medienpräsenz entscheidend für die Generierung und Stabilisierung der öffentlichen Meinung unter dem Vorzeichen offizieller Propaganda.

In der unmittelbaren Phase nach der Annexion der Krim im März 2014 ging der Spielraum für substanziellen analytischen Input von Experten zurück. Tragende Themen staatlicher Politik wurden innere Stabilität und die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Informationspolitik gegenüber dem Ausland. Wohl erst das endgültige Scheitern der politischen Idee einer Gründung von Neurussland (Noworossija) und fehlende Antworten der nationalistischen Kräfte auf die Herausforderungen der Sanktionspolitik eröffneten technokratisch-liberalen Ansätzen neue Möglichkeiten.

Im April 2016 erklärte sich der ehemalige russische Finanzminister Aleksej Kudrin bereit, ein neues Wirtschafts- und Entwicklungsprogramm für den Präsidenten zu erarbeiten. Dazu übernahm er den Vorsitz des 1999 für den Präsidentschaftswahlkampf von Wladimir Putin gegründeten Think Tanks Zentrum für Strategische Studien (CSR). Unter seiner Führung wurde das CSR völlig neu aufgestellt und personell erheblich verstärkt. Auf Wunsch des damaligen IMEMO-Direktors Aleksandr Dynkin erhielt der ansonsten auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen fokussierte Think Tank zum ersten Mal eine Arbeitsgruppe für Außen- und Sicherheitspolitik. Diese wurde bis Sommer 2018 vom IMEMO-Mitarbeiter Sergej Utkin geleitet. Für Dynkin und Kudrin galt es als ausgemacht, dass es ohne eine Veränderung der außenpolitischen Rahmenbedingungen und eine Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen keine grundlegende wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltige Modernisierung geben könnte.

In Zusammenarbeit und teilweise auch in personeller Überschneidung mit RIAC legte die Arbeitsgruppe außenpolitische Thesen und weitere Studien vor, in der sie für mehr Investitionen in den Bereichen Bildung und Gesundheit eintrat und die Reduzierung der Verteidigungsausgaben forderte. Außerdem plädierten die CSR-Mitarbeiter dafür, statt unbedingter Konfrontation mit dem Westen wo möglich auf Kooperation zu setzen. Insbesondere RIAC Generaldirektor Andrej Kortunow versuchte auch in öffentlichen Beiträgen immer wieder, Möglichkeiten auszuloten, um bestehende Interessensgegensätze in der Außenpolitik handhabbar zu machen. Nach der Präsentation des Wirtschaftsprogramms im Mai 2017 und der Ernennung Kudrins zum Vorsitzenden des russischen Rechnungshofs im Mai 2018 verringerte das CSR seine Aktivitäten. Die Arbeitsgruppe für Außen- und Sicherheitspolitik löste sich auf und ihr Leiter Sergej Utkin kehrte an das IMEMO zurück.

Über den Autor:

Dr. des. Alexander Graef ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Seine Promotion an der Universität St. Gallen beschäftigte sich mit der Experten- und Think Tank Landschaft in der russischen Außenpolitik. Zu seinen derzeitigen Forschungsgebieten gehören konventionelle Rüstungskontrolle und russische Außen- und Sicherheitspolitik.

Bibliografie

- Graef A. (2018): Denkfabriken und Expertise. Russlands außen- und sicherheitspolitische Community, Osteuropa, 68 (8–9), 77–98.
- Graef, A. (2019): Russia's RAND Corporation? The Up and Downs of the Russian Institute for Strategic Studies (RISI), Russian Analytical Digest, No. 234, 5–9, https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/en/publications/rad/details.html?id=n/o/2/3/no_234_russian_think_tanks_and_foreign_p
- Vendil Pallin, C., Oxenstierna, S. (2017): Russian Think Tanks and Soft Power. Report. Stockholm: Swedish Defence Research Agency (FOI-R-4451-SE).

Fazit: Propaganda und Beratung

Die Stellung von Experten und ihr politischer Einfluss auf Entscheidungen in der russischen Außenpolitik sind eng an den persönlichen Zugang zum Präsidenten und zu Mitarbeitern der Präsidialadministration gebunden. Dies zeigen die Beispiele von INSOR, CSR und RIAC gleichermaßen. Die strategische Ausrichtung der Außenpolitik liegt hingegen ausschließlich beim Präsidenten bzw. einer kleinen Entscheidungselite. Expertendebatten setzen jedoch zum Teil die Grenzen des politisch Möglichen, weil sie dem Kreml auch als Informationskanal dienen, um Politikvorschläge angesichts eines fehlenden gesellschaftlichen Resonanzbodens halböffentlich zu testen.

Ein direkter Einfluss von Experten auf die operative Politik ist hingegen höchstens in Krisenzeiten möglich. Hierbei geht es vornehmlich um Beratung bei der Umsetzung von zuvor gesteckten Zielen. Eine russische Besonderheit dabei sind die ad-hoc Einsetzung von Expertengruppen und die vom Kreml für die kurzfristige Entwicklung von Politikkonzepten direkt geförderten Think Tanks. Dies ist auch deshalb notwendig, weil gefestigte Parteistrukturen oder gesellschaftspolitische Gruppen mit eigenem Know-how in der Breite fehlen. Darüber hinaus nehmen politisch gut vernetzte Experten gerade in der Außenpolitik auch Aufgaben der *public diplomacy* wahr, indem sie als Mittler zwischen Moskau und dem Ausland wirken.

Mit der Verschärfung des Konfliktes mit dem Westen in der Folge des Krieges in der Ukraine und der Annexion der Krim ist jedoch vor allem der Bedarf an öffentlicher Legitimation staatlicher Politik gestiegen. Dieser wird von politischen Kommentatoren und von als Experten auftretenden Politikaktivisten bedient. Zentrale Plattform dafür ist das russische Staatsfernsehen, das weiterhin die dominante Informationsquelle russischer Bürger darstellt.

Politische Expertise in Russland

Tabelle 1: Top 10 Länder mit der größten Zahl an Think Tanks im Global Go Think Tank Index Report: 2008, 2018

Platz	2008		2018	
	Land	Zahl der Think Tanks	Land	Zahl der Think Tanks
1	USA	1.777	USA	1.871
2	Großbritannien	283	Indien	509
3	Deutschland	186	China	507
4	Frankreich	165	Großbritannien	321
5	Argentinien	122	Argentinien	227
6	Indien	121	Deutschland	218
7	Russland	107	Russland	215
8	Japan	105	Frankreich	203
9	Kanada	94	Japan	128
10	Italien	87	Italien	114

Anm.: Laut TTCSP sind Think Tanks Forschungseinrichtungen, die politikbezogene Studien und Analysen durchführen und Rat bzgl. innen- und außenpolitischen Herausforderungen anbieten. Think Tanks ermöglichen damit politischen Entscheidungsträgern sowie der Öffentlichkeit, politische Entscheidungen informationsbasiert und gut durchdacht zu treffen. TTCSP unterscheidet zwischen verschiedenen Kategorien von Think Tanks, die alle im Ranking berücksichtigt werden. Diese Kategorien reichen von komplett unabhängigen Think Tanks, über die, die teilweise von Spendern abhängig sind, und die, die teilweise oder ganz von Regierungen, Universitäten oder politischen Parteien abhängig sind, bis zu solchen, die profitorientiert arbeiten oder zumindest an ein profitorientiertes Unternehmen angeschlossen sind.

Quelle: McGann, James G.: 2008 Global Go To Think Tanks Index Report, https://repository.upenn.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=&httpsredir=1&article=1000&context=think_tanks, McGann, James G.: 2018 Global Go To Think Tanks Index Report, https://repository.upenn.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1017&context=think_tanks

Tabelle 2: Russische Think Tanks im Global Go Think Tank Index Report 2018

Platzierung in der Kategorie Zentral- und Osteuropa	Platzierung in der Kategorie Beste Think Tanks weltweit	Name	Website
4	27	Carnegie Endowment for International Peace Moscow Center	https://carnegie.ru/?lang=en
9	34	Primakov National Research Institute of World Economy and International Relations (IMEMO)	https://www.imemo.ru/en
16		Center for Economic and Financial Research (CEFIR)	http://www.cefir.ru/index.php?l=eng
17	125	Moscow State Institute of International Relations (MGIMO)	https://english.mgimo.ru/
25		Independent Institute for Social Policy (IISP)	http://www.socpol.ru/index.shtml
27		Institute for the U.S. and Canadian Studies (ISCRAN)	http://www.iskran.ru/
33		Gaidar Institute for Economic Policy (IEP), FKA Institute for the Economy in Transition	https://www.iep.ru/en/
43		St. Petersburg Center for Humanities and Political Studies	http://strategy-spb.ru/en/
45		Economic Expert Group (EEG)	http://www.eeg.ru/pages/172
48		Russian International Affairs Council (RIAC)	https://russiancouncil.ru/en/
50		Institute for Urban Economics (IUE)	http://www.urbanomics.ru/en

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Russische Think Tanks im Global Go Think Tank Index Report 2018 (Fortsetzung)

Platzierung in der Kategorie Zentral- und Osteuropa	Platzierung in der Kategorie Beste Think Tanks weltweit	Name	Website
55		Analytical Center for the Government of the Russian Federation	http://ac.gov.ru/en/
61		Center for Independent Social Research	https://cisr.pro/
76		Center for Strategic Research (CSR)	https://www.csr.ru/en/
86		Institute for Applied Economic Studies	https://www.ranepa.ru/eng/
100		Center for International and Regional Policy (CIRP)	http://www.cirp.ru/index.php?option=com_content&view=article&id=8&Itemid=4

Quelle: McGann, James G.: 2018 Global Go To Think Tanks Index Report, https://repository.upenn.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1017&context=think_tanks

Tabelle 3: Ranking russischer Think Tanks nach Medienerwähnungen 2019

Platzierung im März 2019 (Februar)	Platzierung 2019	Name	Englischer Name (eigene Bezeichnung)	Website	Erwähnungen im März	Erwähnungen in 2019 (vorläufig)
1 (1)	1	Stiftung »Peterburgskaja politika« (Fond Peterburgskaja politika)		https://fpp.spb.ru/	1.460	3.579
2 (3)	2	Institut der GUS-Staaten (Institut stran SNG)		https://zatulin.ru/institut-stran-sng.html	924	2.053
3 (3)	5	Moskauer Carnegie Zentrum (Moskowskij zentr Karnegi)	Carnegie Moscow Center	https://carnegie.ru/	551	1.329
4 (9)	3	Zentrum für politische Information (Zentr polititscheskoj informazii)	Center for Political Information	http://www.polit-info.ru/en/	516	1.786
5 (6)	7	Dawydow.Indeks		https://davydov.in/	512	1.152
6 (2)	6	Russländischer Rat für Internationale Angelegenheiten (Rossijskij sowet po meshdunarodnym delam, RSMD)	Russian International Affairs Council (RIAC)	https://russiancouncil.ru/	511	1.176
7 (12)	10	Zentrum für politische Technologien (Zentr polititscheskich technologij)		http://www.cpt.ru/	492	1.091
8 (4)	4	Agentur für politische und ökonomische Kommunikationen (Agentstwo polititscheskich i ekonomitscheskich kommunikazij, APEK)		http://apecom.ru/	437	1.678

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Ranking russischer Think Tanks nach Medienerwähnungen 2019 (Fortsetzung)

Platzierung im März 2019 (Februar)	Platzierung 2019	Name	Englischer Name (eigene Bezeichnung)	Website	Erwähnungen im März	Erwähnungen in 2019 (vorläufig)
9 (11)	12	Experteninstitut für Sozialstudien (Ekspertnyj institut sozialnych issledowanij)		http://eisr.ru/	432	960
10 (10)	9	Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (Sowet po wneschnej i oboronnoj politike, SWOP)	Council on Foreign and Defence Policy (SVOP)	http://svop.ru/	402	1.119
11 (19)	8	Institut für sozio-ökonomische und politische Studien (Institut sozialno-ekonomitscheskich i polititscheskich issledowanij)	Institute of Socio-Economic and Political Research (ISEPR Foundation)	http://www.isepr.ru/	379	1.137
12 (7)	18	Institut für regionale Probleme (Institut regionalnych problem, IRP)		https://www.irpr.ru/	376	568
13 (7)	11	Institut für politische Studien (Institut polititscheskich issledowanij, IPI)		http://www.ipi-rf.ru/	340	1.014
14 (17)	14	Zentrum für politische Analyse (Zentr polititscheskogo analiza, ZPA)		https://centerforpoliticsanalysis.ru/	328	658
15 (13)	15	Mintschenko Konsalting & MIPE	Communication Group Minchenko Consulting	http://www.minchenko.ru/en/	301	646
16 (14)	17	Politische Experten-gruppe (Polititscheskaja ekspertnaja grupp)			289	570
17 (16)	13	Stiftung für zivil-gesellschaftliche Entwicklung (Fond raswitija grashdanskogo obschtschestwa)	Civil Society Development Foundation	http://civilfund.ru/about/15	275	861
18 (15)	16	Institut für zeitgenössische Entwicklung (Institut sowremennogo raswitija, INSOR)	Institute of Contemporary Development	http://www.insor-russia.ru/ru	208	638
19 (18)	19	Zentrum für politische Konjunktur (Zentr polititscheskoj konjunktury)	Center for Current Policy	http://cpkr.ru/content/about-us	100	523
20 (20)	20	Bakster Group			85	183

Quelle: Fond Peterburgskaja politika, nach Angaben von Medialogija, <https://fpp.spb.ru/news-2019-04-01>, veröffentlicht am 1. April 2019

Ranking russischer Polittechnologen

Das vorliegende Ranking wurde von *Obschtschaja gaseta* (dt.: Allgemeine Zeitung) basierend auf Ergebnissen einer Befragung von 100 Politikern, Polittechnologen, Politikwissenschaftlern, Journalisten und 120 Experten zusammengestellt.

1. Wartan Sarkisow

158 Erwähnungen. Geschäftsführer und Mitinhaber von IMA-Consulting. Berater vom Stellvertretenden Stabschef der Russischen Präsidentialadministration Aleksej Gromow. Hauptberater des Moskauer Bürgermeisteramtes. Ist in vielen Regionen Russlands tätig. Unter der Leitung von Sarkisow entwickelte IMA-Consulting ein Logo und ein Werbekonzept für die Präsidentschaftskampagne Wladimir Putins 2018.

2. Konstantin Kostin

127 Erwähnungen. Vorsitzender der Civil Society Developmet Foundation. Berater vom Stellvertretenden Stabschef der Russischen Präsidentialadministration Sergej Kirijenko. Ex-Berater vom ehemaligen Stellvertretenden Stabschef der Russischen Präsidentialadministration Wjatscheslaw Wolodin. Berater der Partei Einiges Russland.

3. Sergej Swerew

126 Erwähnungen. Gründer und Präsident der PR-Agentur CROS. Berater von Sergej Kirijenko. Ehemaliger Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration.

4. Dmitrij Orlow

119 Erwähnungen. Direktor des Rating- und Forschungsunternehmens APEK. Mitglied des obersten Rates der Partei Einiges Russland.

5. Andrej Polosin

112 Erwähnungen. Leiter der Abteilung für regionale Beziehungen des russischen Staatsunternehmens Rosatom. Vertrauter von Sergej Kirijenko. Einflussreicher regionaler Polittechnologe.

6. Oleg Matwejschew

105 Erwähnungen. Politikberater und Mitgründer der Bakster-Group. Professor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Ökonomie«. Ehemaliger Stellvertretender Gouverneur der Oblaste Wolgograd und Wologda und ehemaliger Mitarbeiter der Präsidentialadministration.

7. Grigorij Kasankow

99 Erwähnungen. Politischer Berater und Politologe mit erheblichem Einfluss. In verschiedenen Regionen aktiv.

8. Aleksej Tschesnakow

93 Erwähnungen. Direktor des Center for Current Policy. Berater von Wladislaw Surkow, dem persönlichen Berater des Präsidenten. Ehemaliger Stellvertretender Leiter der Abteilung für Innenpolitik der Präsidentialadministration.

9. Andrej Parfjonow

87 Erwähnungen. Stellvertretender Leiter des Zentralen Exekutivkomitees der Partei Einiges Russland. Ist in der Partei für regionale und technologische Arbeit zuständig.

10. Gleb Kusnezow

82 Erwähnungen. Leiter des Expertenrates des Experteninstituts für Sozialstudien mit großem Einfluss auf die Auswahl und Durchführung politischer Projekte durch die zentrale Regierung.

11. Dmitrij Gusew

80 Erwähnungen. Aufsichtsratsvorsitzender der Bakster Group. Ehemaliger Stellvertretender Leiter der Abteilung für lokale Verwaltungsorgane der Moskauer Stadtregierung.

12. Aleksej Wasiljew

73 Erwähnungen. Politechnologe und politischer Berater. In verschiedenen Regionen aktiv.

13. Andrej Koljadin

72 Erwähnungen. Politologe. In verschiedenen Regionen aktiv. Ehemaliger stellvertretender Bevollmächtigter des Präsidenten im Ural.

14. Aleksandr Serawin

67 Erwähnungen. Politikberater und Experte für Internetkommunikation. Direktor der Forschungs- und Expertengruppe PITER. Präsident der Vereinigung für elektronische Wahlpolitik. Hauptsächlich in St. Petersburg aktiv.

15. Jewgenij Mintschenko

65 Erwähnungen. Präsident der Communication Group Minchenko Consulting und Leiter des International Institute for Political Expertise. Veröffentlichte 2018 groß angelegte Studien über das russische Parteiensystem.

16. Aleksej Kurtow

62 Erwähnungen. Präsident des Verwaltungsrates von InterMediaKom. Präsident der Russischen Vereinigung der Politikberater (RAPK) und als solcher für Verleihung des RAPK-Preises zuständig. In verschiedenen Regionen aktiv.

17. Andrej Bogdanow

59 Erwähnungen. Politikberater und Leiter des Andrej Bogdanows Zentrums. Vorsitzender einer Freimaurerloge. Ehemaliger Vorsitzender der Demokratischen Partei Russlands. Bogdanow nutzt regionale und internationale Logen als Expertenkanäle und Lobby-Netzwerke.

18. Igor Mintusow

52 Erwähnungen. Präsident der Agentur für strategische Kommunikation »Nikkolo M«. Politikberater und Vizepräsident des RAPK.

19. Andrej Maksimow

50 Erwähnungen. Politikberater und Leiter von Maximov Consulting. Vizepräsident des RAPK. Führt Kampagnen in mehreren Regionen, darunter auch Moskau.

20. Konstantin Kalatschew

47 Erwähnungen. Leiter der Politischen Expertengruppe. Ehemaliger Bürgermeister von Wolgograd.

Quelle: Obschtschaja gaseta, »Top-20 lutschije polittehnologi Rossii – 2019«, <https://og.ru/politics/2019/01/24/101787>, veröffentlicht am 14. Januar 2019.

Gerechtigkeit statt harte Hand

Wladimir Petuchow (Vedomosti)

Der folgende Beitrag des russischen Soziologen Wladimir Petuchow erschien ursprünglich am 31.03.2019 in der Zeitschrift Vedomosti und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

66 Prozent der Menschen in Russland äußern ihre Zustimmung für die Tätigkeit des Präsidenten. Gleichzeitig meinen nur sechs Prozent, dass die Staatsmacht gerecht ist. Wie geht das zusammen? Viele russische Beobachter haben schon versucht, diesen Widerspruch aufzulösen. Etwa unter Verweis auf die häufig als alternativlos empfundenen Herrschaftsverhältnisse, die zudem in Russland ja nie anders gewesen seien. Vor allem vor dem Hintergrund von sinkenden Zustimmungswerten für Putin liefern Soziologen nun Antworten auf das scheinbar widersprüchliche Phänomen.

Manche von ihnen, wie etwa Grigori Golossow, halten angesichts des steigenden Rufs nach Veränderung sogar eine Perestrojka 2.0 für möglich [<https://www.dekodeer.org/de/article/gesellschaftliches-bewusstsein-golossow-veraenderungen>]. Andere sind da vorsichtiger. Wie Wladimir Petuchow – einer der Gründerväter der modernen russischen Soziologie. Auf *Vedomosti* analysiert der Wissenschaftler die aktuellen Zahlen – und widerspricht dabei dem häufigen Eindruck, »dass im Land viel passiert, aber sich kaum etwas ändert«.

In den letzten Jahren, besonders 2017 und 2018, gab es einige signifikante Verschiebungen – in der öffentlichen Meinung und in den Erwartungen der russischen Bürger. Das zeigen Forschungsergebnisse der RAN (*Rossijskaja Akademija Nauk*, dt.: Russische Akademie der Wissenschaften). Am auffälligsten ist dabei das Bröckeln des paternalistischen Konsens. Dieser hat sich, verglichen mit dem Krim-Konsens, als wesentlich beständiger erwiesen, war er auch weniger klar ausgedrückt. Sein Kern ist schnell zusammengefasst: Loyalität zur Regierung im Tausch dafür, dass sie sich aus dem Privatleben der Bürger heraushält und eine grundlegende soziale Absicherung bietet – wenn auch nicht für alle, so doch für den Großteil der Bürger.

Dieser Konsens fußte auf einer mehr als ein Jahrzehnt andauernden Phase des wirtschaftlichen Wachstums, die mit wenigen Unterbrechungen bis 2014 andauerte. Sie ermöglichte es den Menschen, sich um ihre privaten Angelegenheiten zu kümmern und die Lösung gesellschaftspolitischer Fragen der Regierung zu überlassen. Ob die Regierung etwas tat oder nicht, stieß dabei kaum auf Interesse. In diesen Jahren galt Stabilität als das höchste Gut. Daher gab es auch keine Forderungen nach Veränderung – weder wirtschaftlich noch politisch.

Fundamentaler Richtungswechsel

Doch schon die nächste Krise, gefolgt von einer wirtschaftlichen Depression, veränderte die Zukunftspläne vieler Russen oder machte sie sogar zunichte. Schließlich erkannten die meisten, dass ein Festhalten am Status Quo angesichts der wirtschaftlichen Depression und des Verfalls sozialer Einrichtungen die Stagnation und die Krisenerscheinungen nur befördert, was wiederum zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin schon

schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage eines jeden Einzelnen führt. Hinzu kommt, dass die Regierung selbst in letzter Zeit recht eindeutige Botschaften an die Bürger sendet: Der paternalistische Konsens der Nullerjahre habe sich erschöpft, und nun sei es an ihnen, sich selbst und ihre Familien zu versorgen.

Daraus erklärt sich der fundamentale Richtungswechsel in der öffentlichen Meinung und den Erwartungen: Zwischen 2012 und 2016 wuchs der Anteil der Russen, die finden, das Land brauche grundlegende Veränderungen sowie politische und wirtschaftliche Reformen, von 28 auf 56 Prozent. Er hat sich also verdoppelt. Gleichzeitig sank die Zahl der Befürworter des Status Quo von 72 auf 44 Prozent (s. Grafik 1 auf S. 22).

Weder radikal noch revolutionär

Da die moderne russische Gesellschaft sehr heterogen und fragmentiert und die gegenwärtige Polit- und Wirtschaftselite alles andere als eine glühende Anhängerin des Wandels ist, unterbreitet sie dem Volk auch keine realistischen Zukunftsstrategien. Darum trägt die Forderung nach Veränderung einen amorphen und meist wenig zielgerichteten Charakter. Es handelt sich wohl eher um eine Ansammlung von Wünschen: Dringliche soziale Probleme sollen gelöst und verschiedenste Formen der Ungleichbehandlung aufgehoben werden. Solche Forderungen sind weder radikal noch von revolutionärem Pathos durchdrungen. Die Zahl der Befragten, die sich für Veränderungen aussprachen, gleichzeitig aber fanden, das Land brauche einen allmählichen, vorsichtigen Wandel, ist doppelt so hoch wie die Zahl jener Menschen, die sich schnelle und tiefgreifende Veränderungen wünschen (60 zu 30 Prozent).

Umfragen belegen außerdem, dass viele Russen, weil sie keine klaren Richtlinien für die Zukunft sehen und wegen dieser Ungewissheit besorgt sind, nichts dagegen hätten, zum vergleichsweise ruhigen Zustand der Nullerjahre zurückzukehren, als das Erdöl teuer war, die Löhne stiegen und Russland deutlich weniger Feinde hatte als heute. Im Bewusstsein eines Großteils der Gesellschaft verdrängt die Nostalgie nach Putins ersten zwei Amtszeiten allmählich sogar jene nach dem goldenen Zeitalter der Stagnation unter Breshnew.

Der Unterschied zur Zeit der Perestroika

Darin unterscheidet sich die Situation von der vor 30 Jahren, als in unserer Gesellschaft das letzte Mal heftige Forderungen nach Veränderung aufkamen. Damals war vor allem in der Anfangsphase die Regierung mit Michail Gorbatschow an der Spitze die treibende Kraft. Erst später gaben aktivistisch orientierte Gruppen und Kreise diesen Veränderungen eine neue Ausrichtung und Agenda. Aber es gibt noch einen wichtigen Unterschied: Gerade im Vergleich zur Jelzin-Zeit machen sich die heutigen Russen weniger Hoffnungen und Illusionen in Bezug auf den Staat. Forderten unsere Mitbürger in den 1990er Jahren buchstäblich den Staat zurück, der sie ihrem Schicksal überlassen hatte, so lässt sich in den letzten Jahren ein entgegengesetzter Trend beobachten: Der Staat verblasst zunehmend als zentrales Element, um gute Lebensumstände für alle zu erreichen. Denn immer mehr Menschen zweifeln daran, dass der Staat alltägliche, routinemäßige, nicht auf einen schnellen propagandistischen Effekt zielende Aufgaben lösen könnte, die zu einer Erhöhung der Lebensqualität führen. So erscheint den Russen ein vom Präsidenten angekündigter Durchbruch im Bereich der Technik und Wissenschaft in den nächsten zehn Jahren realistischer als beispielsweise eine Sanierung der Straßen im selben Zeitraum, erst recht, wenn es um die russische Provinz geht.

Selbstverantwortung statt Sozialstaat

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass zahlreiche Gruppen und Schichten aufgetaucht sind, die den Sozialstaat für unnötig erklären oder schlicht seine Effektivität anzweifeln. Außerdem sprechen sie sich für mehr individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung aus. Der Anteil der Russen, die angeben, sich ohne staatliche Unterstützung versorgen zu können, wächst langsam, aber beständig: 2015 waren es 44 Prozent der Befragten, heute sind es schon fast 50 Prozent. Unter den heute 18- bis 30-Jährigen sind es sogar 62 Prozent. In dieser Alterskohorte geben nur 38 Prozent an, dass sie und ihre Familien ohne staatliche Unterstützung nicht überleben könnten.

Gleichzeitig sind diese »selbstverantwortlichen Russen« im Großen und Ganzen regierungsloyal. Die Zustimmung für Präsident Putin unter ihnen ist ähnlich hoch wie unter denjenigen Menschen, die eine staatliche Unterstützung für sich und ihre Familie für notwendig erachten. Aber das ist nicht ungewöhnlich, denn Selbstverantwortung muss keineswegs in Opposition zum Staat stehen (s. Grafik 2 auf S. 23).

Bemerkenswert ist allerdings, dass viele von ihnen die Interessen des Staates nicht über die Interessen der Bürger stellen. Nur 29 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass »die Interessen des Staates Vorrang vor den Rechten des Individuums haben sollen«. 36 Prozent verneinen diese Aussage und ein relativ großer Anteil (35 Prozent) zeigt sich unentschieden. Besonders oft verneinen Bewohner von Megastädten die Aussage (42 Prozent, gegenüber 26 Prozent Zustimmung). Insgesamt verneinen sie Befragte aus nahezu allen Gruppen und Bevölkerungsschichten (mit Ausnahme der über 60-Jährigen).

Die »harte Hand« verliert an Anziehungskraft

Auch die ehemals populäre Idee der sogenannten harten Hand, die dann angeblich für Ordnung im Land sorgt, verliert ihre Anziehungskraft. Auf die Frage »Welche Ideen entsprechen am ehesten Ihren Vorstellungen von einer erstrebenswerten Zukunft für Russland?« gab es folgende Antworten (Platz 1 bis 5): soziale Gerechtigkeit (59 Prozent); Demokratie, Menschenrechte, Recht auf freie Selbstentfaltung (37 Prozent); Russlands Wiedererlangung des Status einer führenden Weltmacht (32 Prozent); Rückkehr zu nationalen Traditionen und moralischen Werten (27 Prozent); starke, durchgreifende Regierung, die Ordnung gewährleistet (26 Prozent). »Maskuliner Herrschaftsstil« rangiert als Idee also nicht nur hinter der Idee der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch um fast zehn Prozentpunkte hinter der Idee der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechts auf freie Selbstentfaltung (s. Grafik 3 auf S. 23).

Anders gesagt: Im Land für Ordnung zu sorgen ist eine Lösung von Gestern oder sogar von Vorgestern. Die heutigen Russen beschäftigen ganz andere Probleme, die sich auf administrativem Weg nicht lösen lassen. Allen voran ist es die Situation im sozialen Bereich, die unsere Mitbürger heute sogar für besorgniserregender erachten als mögliche materielle Einbußen. Deswegen verlangen die Russen von der Regierung keine Härte, sondern vor allem Effektivität. Und die Achtung des Gesetzes durch alle Menschen – auch durch die Machthaber. Wobei die Gleichheit vor dem Gesetz für die Russen gleichbedeutend ist mit Gerechtigkeit und Demokratie.

Information über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Wladimir Petuchow (geb. 1950) ist ein renommierter russischer Soziologe mit dem Schwerpunkt politische Soziologie. Von 2003 bis 2007 war er Forschungsleiter des Meinungsforschungsinstituts WZIOM. Derzeit leitet Petuchow das integrierte soziologische Forschungszentrum an der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN).

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/03/31/797871-hotim>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/petuchow-gesellschaftlicher-wandel-zukunft>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Vedomosti und Wladimir Petuchow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

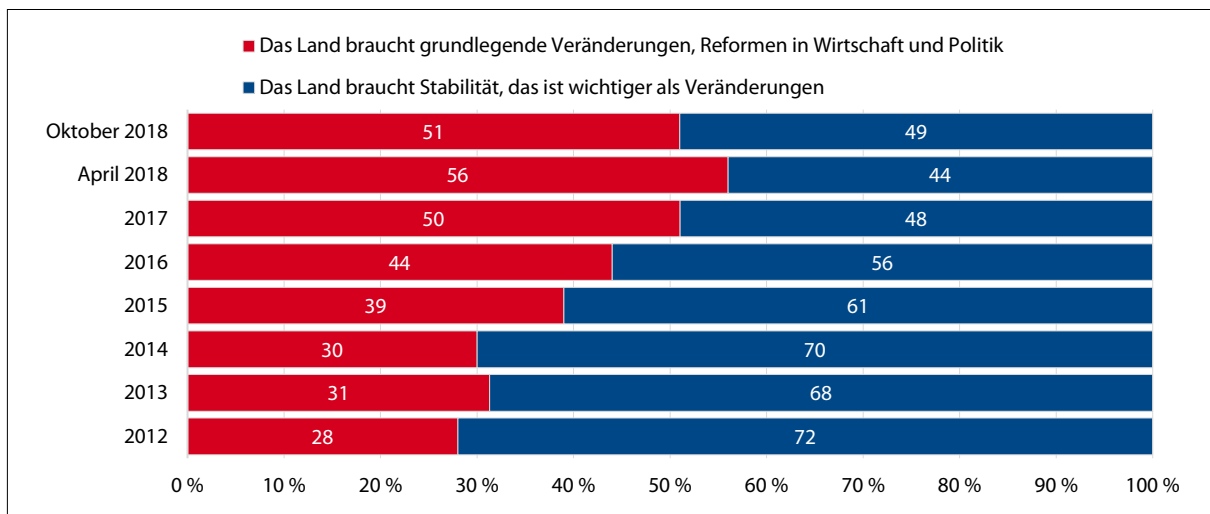
Die Redaktion der Russland-Analysen

dekoder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

GRAFIKEN ZUM TEXT

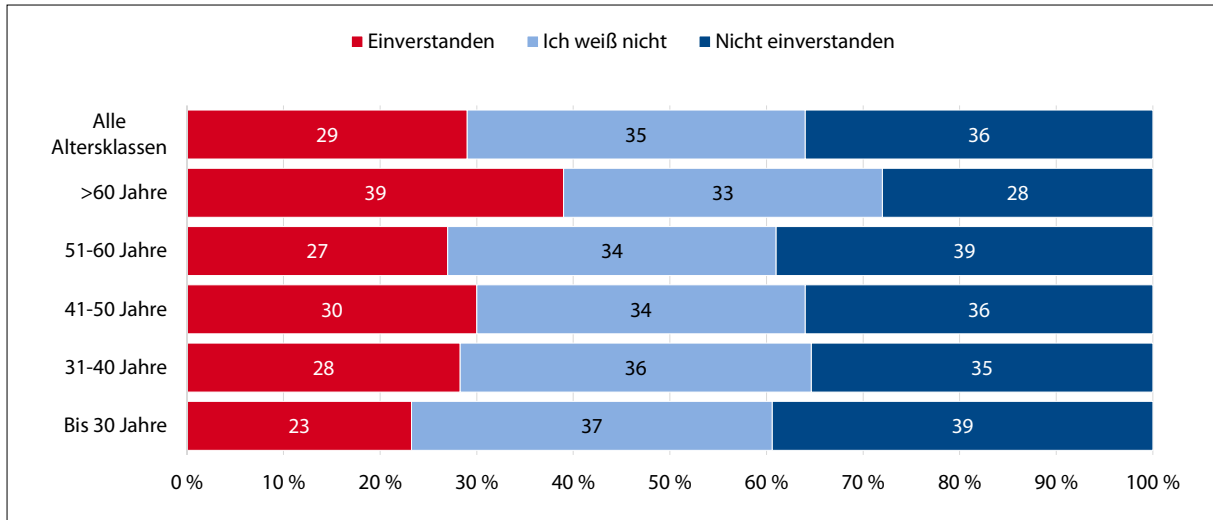
Ein neuer Sozialvertrag?

Grafik 1: Was braucht das Land: Veränderung oder Stabilität? (%)



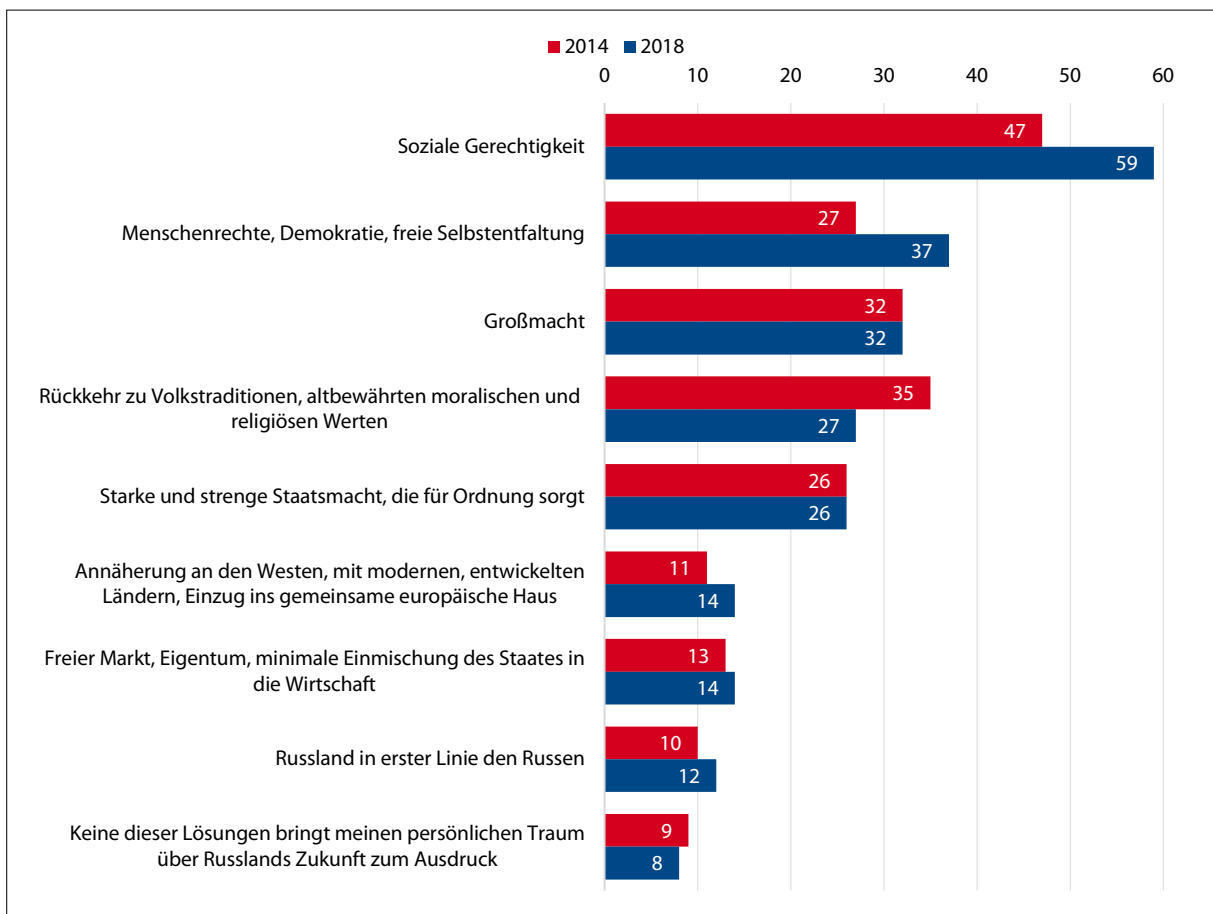
Quelle: RAN/WZIOM, https://wciom.ru/fileadmin/file/reports_conferences/2019/2019-01-17_Petuhov_GD2019.pdf

Grafik 2: Sollten die Interessen des Staates Vorrang vor den Rechten des Individuums haben? (%)



Quelle: RAN/WZIOM, https://wciom.ru/fileadmin/file/reports_conferences/2019/2019-01-17_Petuhov_GD2019.pdf

Grafik 3: Welche Ideen entsprechen am ehesten Ihren Vorstellungen von einer erstrebenswerten Zukunft für Russland? (%)

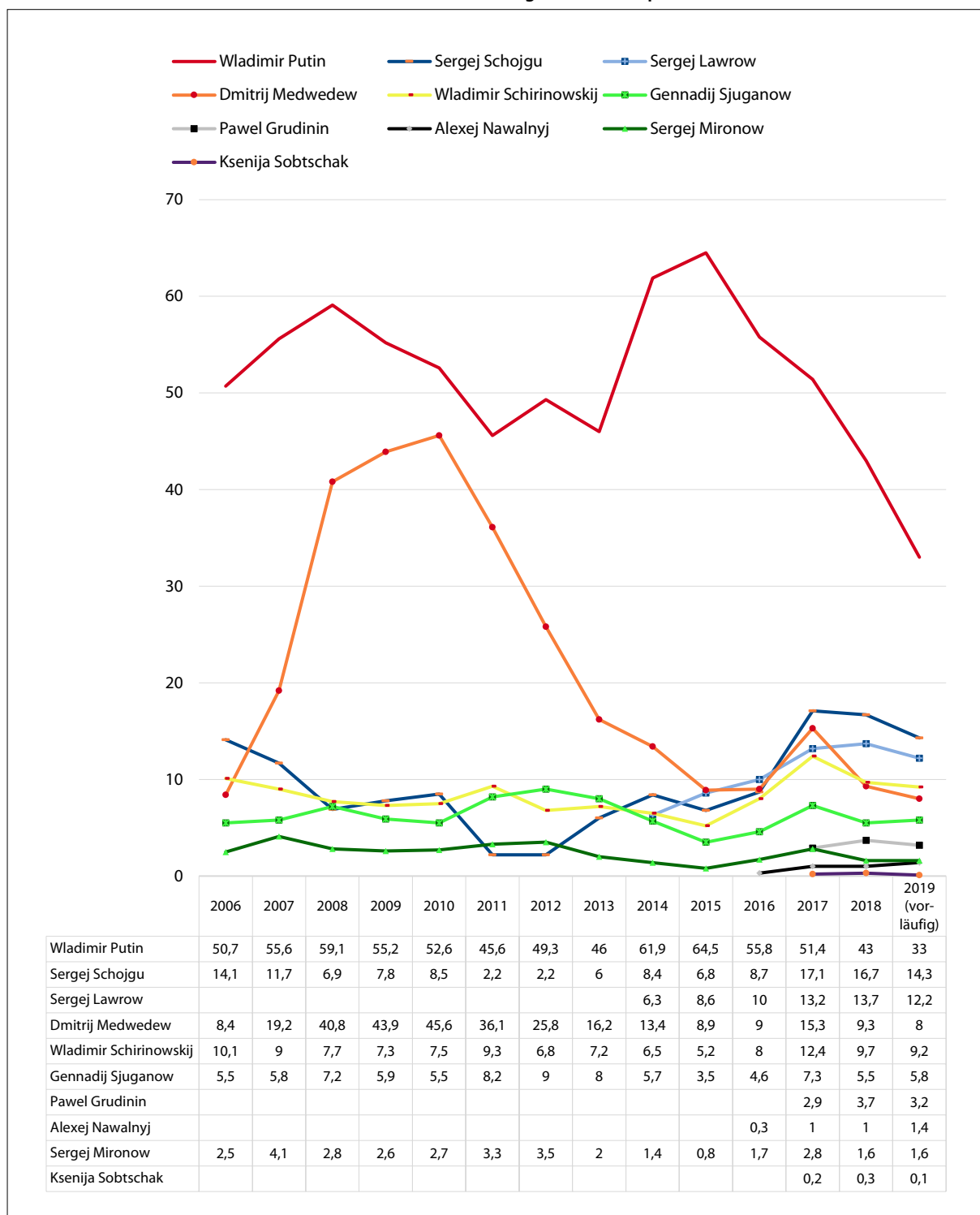


Quelle: RAN/WZIOM, https://wciom.ru/fileadmin/file/reports_conferences/2019/2019-01-17_Petuhov_GD2019.pdf

UMFRAGE

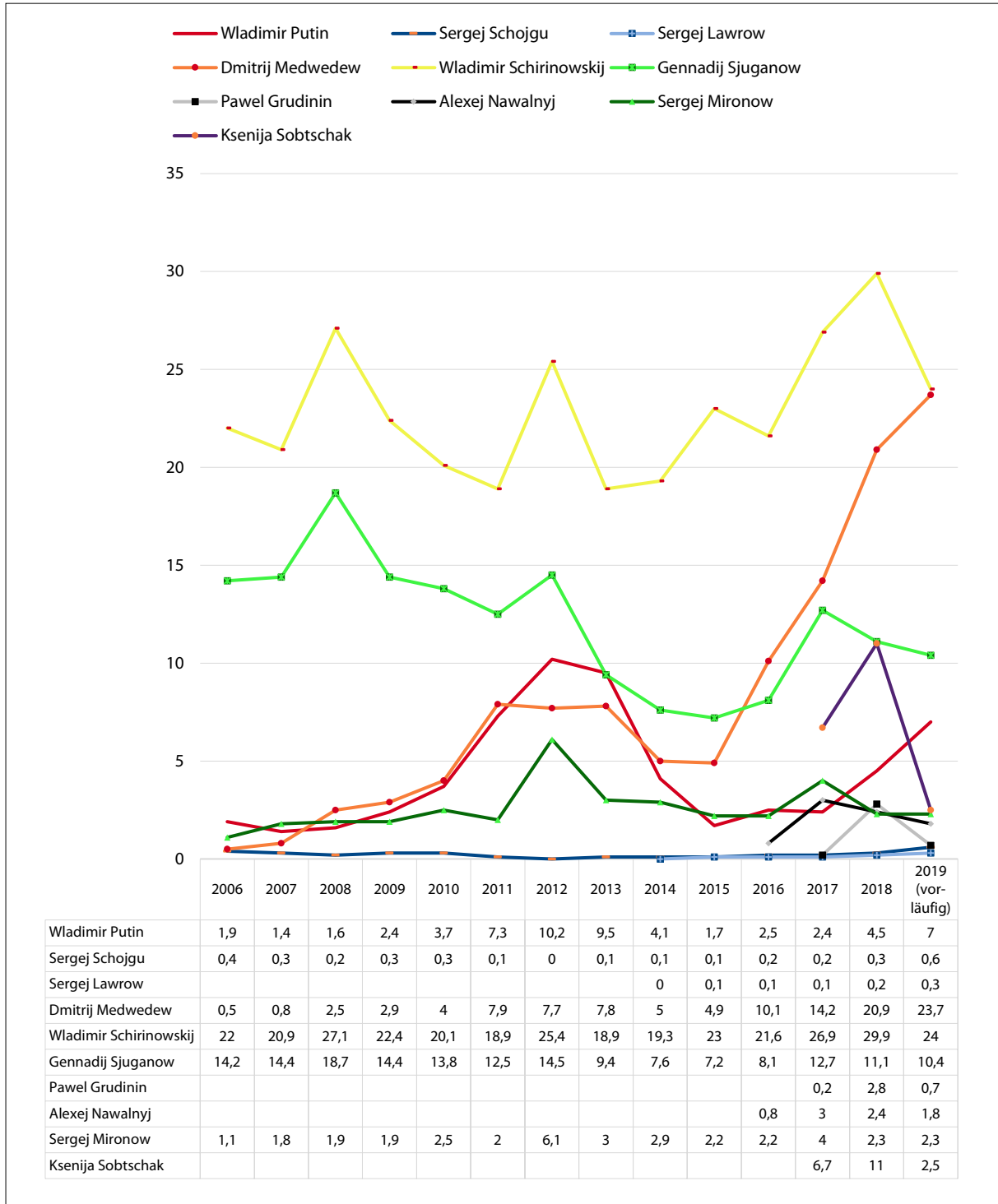
Vertrauens- und Zustimmungswerte

Grafik 1: Vertrauenswerte russischer Politiker (Offene Frage, Mittelwert pro Jahr, %)



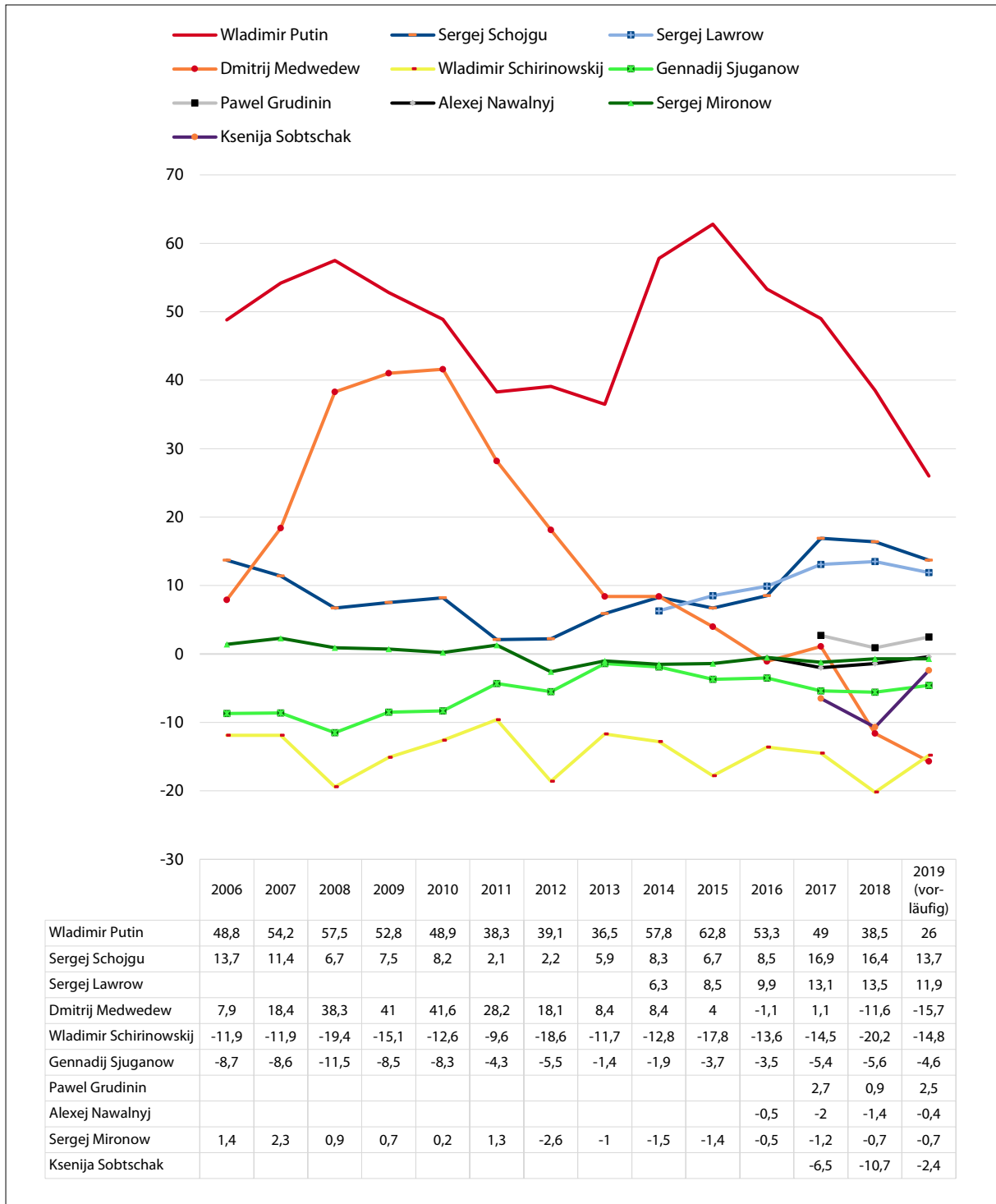
Quelle: WZIAM, https://wciom.ru/news/ratings/doverie_politikam/, veröffentlicht am 19. Mai 2019.

Grafik 2: Misstrauenswerte russischer Politiker (Offene Frage, Mittelwert pro Jahr, %)



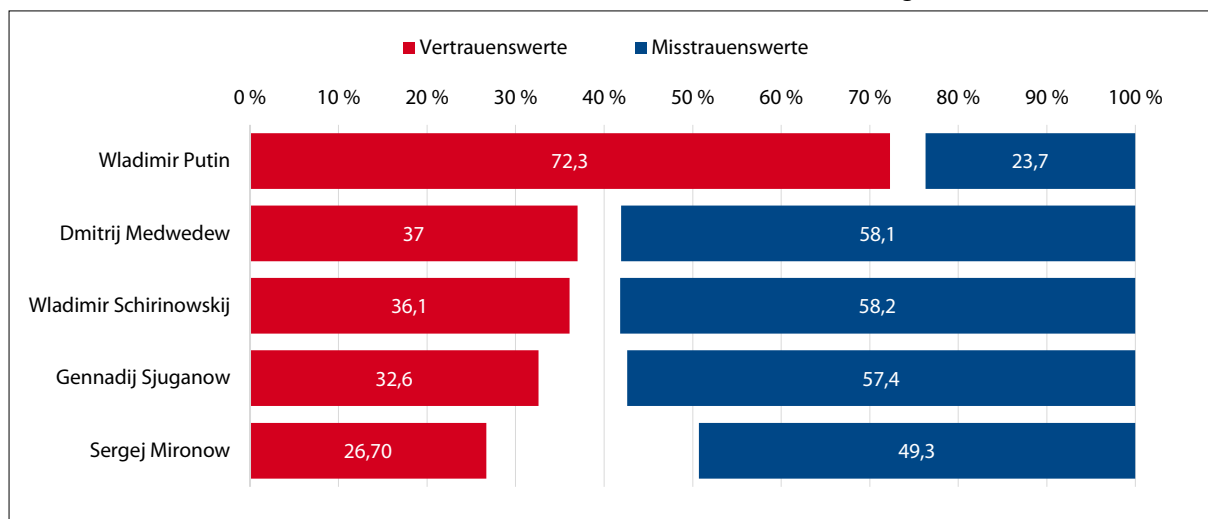
Quelle: WZIOM, https://wciom.ru/news/ratings/doverie_politikam/, veröffentlicht am 19. Mai 2019.

Grafik 3: Vertrauensindex



Quelle: WZIAM, https://wciom.ru/news/ratings/doverie_politikam/, veröffentlicht am 19. Mai 2019.

Grafik 4: Vertrauens- und Misstrauenswerte russischer Politiker (Geschlossene Frage, %)



Quelle: WZIAM, https://wciom.ru/news/ratings/doverie_politikam_zakrytyi_vopros/, veröffentlicht am 29. Mai 2019.

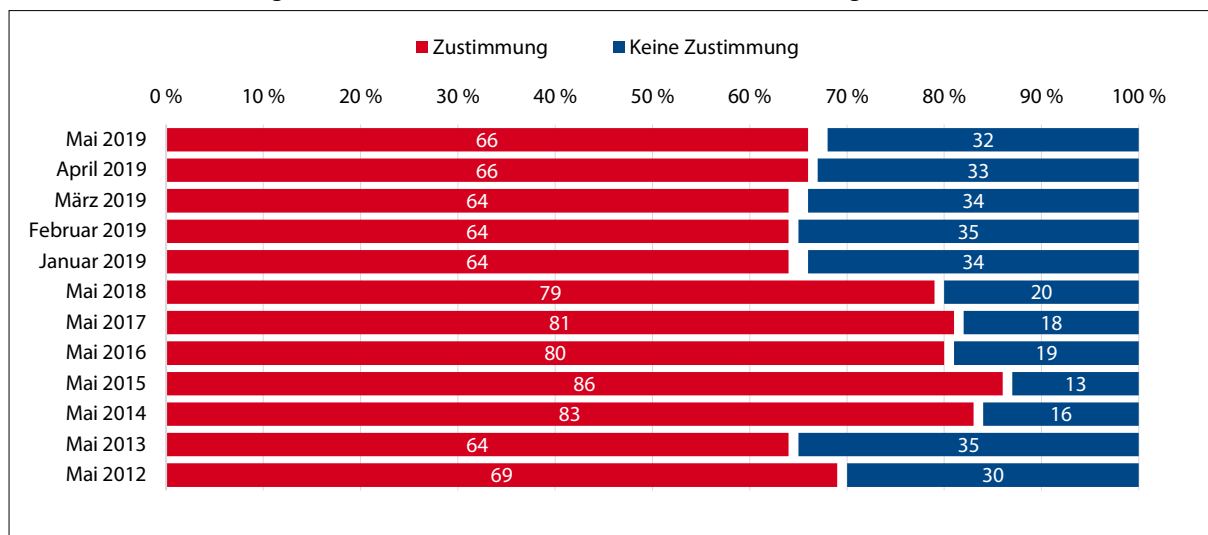
Tabelle 1: Nennen Sie bitte 5–6 Politiker/öffentliche Personen, denen Sie am meisten vertrauen (%)

	November 2017	Juni 2018	September 2018	März 2019
Wladimir Putin	59	48	39	41
Wladimir Schirinowskij	14	14	15	16
Sergej Schojgu	23	19	15	16
Sergej Lawrow	19	14	10	14
Dmitrij Medwedew	11	9	10	13
Gennadij Sjuganow	10	7	8	8
Pawel Grudin	–	7	4	5
Sergej Sobjanin	3	4	4	4
Walentina Matwijenko	2	2	1	3
Alexej Nawalnyj	2	2	3	3
Sergej Mironow	4	2	2	2
Grigorij Jawlinskij	2	2	1	1
Wjatscheslaw Wolodin	<1	<1	1	1
Ich bin nicht an Politik interessiert	1	1	1	1
Ich vertraue niemandem	14	21	18	17
Schwer zu beantworten / keine Antwort	11	12	18	16

Anm.: Offene Frage ohne Auswahlmöglichkeit. Die Tabelle zeigt die meist genannten Politiker. Absteigend sortiert nach den Ergebnissen vom März 2019.

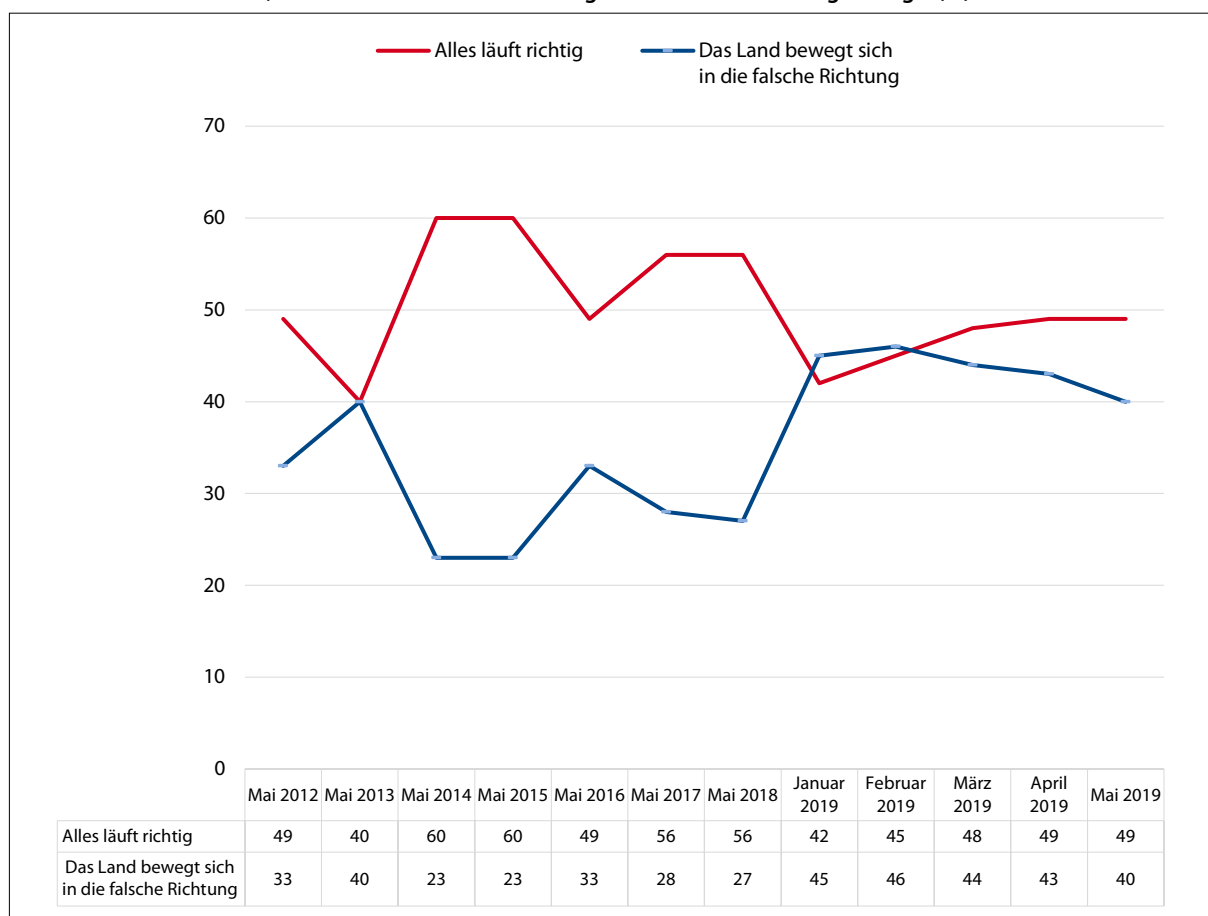
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. März 2019 sowie Ergebnisse früherer Umfragen, <https://www.levada.ru/2019/04/11/prezidentskoe-golosovanie-i-doverie-politikam/>, veröffentlicht am 22. April 2018.

Grafik 5: Zustimmungsraten von Präsident Wladimir Putin (Geschlossene Frage, %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–29. Mai 2019, <https://www.levada.ru/2019/05/31/odobrenie-institutov-vlasti-13/>, veröffentlicht am 31. Mai 2019.

Grafik 6: Denken Sie, dass sich das Land in die richtige oder falsche Richtung bewegt? (%)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–29. Mai 2019, <https://www.levada.ru/2019/05/31/odobrenie-institutov-vlasti-13/>, veröffentlicht am 31. Mai 2019.

14. Mai – 2. Juni 2019

14.05.2019	Der US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo trifft zu Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi ein. Thema der Gespräche war unter anderem die Situation in internationalen Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan und Venezuela. Außerdem wurde über Rüstungsfragen und Fragen der strategischen Sicherheit gesprochen.
14.05.2019	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das die Befugnisse des russischen Rechnungshofes erweitert. Der Rechnungshof ist in Zukunft berechtigt, bei juristischen Personen sowie Tochtergesellschaften von Staatsunternehmen Überprüfungen zur korrekten Verwendung staatlicher Subventionen durchzuführen.
14.05.2019	In Jekaterinburg protestieren mehrere hundert Menschen gegen den geplanten Bau einer Kirche in einer der Grünanlagen der Stadt. Die Proteste dauern seit dem 13.05.2019 an. Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften wurden bisher etwa 40 Menschen verhaftet.
16.05.2019	Im Sawodskoj-Bezirksgericht in Kemerowo beginnt der Prozess zum Brand in einem Einkaufszentrum der Stadt am 25.03.2018. Angeklagt sind sieben Personen. Ihnen werden Fahrlässigkeit sowie Verstöße gegen die Brandschutzbestimmungen vorgeworfen. Bei dem Brand kamen 60 Menschen ums Leben, darunter 37 Kinder.
16.05.2019	Aufgrund der anhaltenden Proteste gegen den geplanten Kirchenbau in Jekaterinburg schlägt der russische Präsident Wladimir Putin die Durchführung einer Umfrage unter den Einwohnern der Stadt zu diesem Thema vor. Bei Protesten gegen den geplanten Bau wurden erneut 70 Personen festgenommen.
18.05.2019	Das deutsche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« veröffentlicht ein Video, das zeigen soll, wie der österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache vor der österreichischen Bundestagswahl im Jahr 2017 mit einer angeblichen russischen Oligarchin über finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf verhandelt. Strache gibt nach Veröffentlichung des Videos seinen Rücktritt bekannt.
20.05.2019	Die zehn Mitglieder der Politikredaktion und der stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung »Kommersant« reichen geschlossen ihre Kündigung ein. Vorgegangen war die Kündigung zweier Journalisten seitens »Kommersant«. Diese wurde mit dem Verstoß gegen redaktionelle Standards begründet.
20.05.2019	Der Rechnungshof der Russischen Föderation gibt bekannt, dass die nationalen Ziele zur Armutsbekämpfung im Jahr 2019 nicht mehr erreicht werden können. Der Präsidialerlass vom Mai 2018 gibt das Erreichen eines nachhaltigen Wachstums der Realeinkommen und die Halbierung der Armutsquote bis 2024 vor. Im ersten Quartal 2019 sanken die Realeinkommen jedoch um 2,3% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018. Um das Ziel der Halbierung der Armutsquote bis 2024 zu erreichen, müsste der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum im Jahr 2019 auf 10,5% sinken. Ende 2018 betrug dieser Anteil noch 12,3%.
21.05.2019	Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz entlässt den Innenminister Herbert Kickel (FPÖ) nach der Veröffentlichung eines Videos, das den Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) in Verhandlung mit einer angeblichen russischen Oligarchin für finanzielle Unterstützung im Bundestagswahlkampf 2017 zeigt. Daraufhin treten alle fünf der FPÖ-Fraktion angehörenden Minister zurück. Kurz kündigt vorgezogene Neuwahlen für September an.
22.05.2019	Bei einem Referendum stimmen 58% der Einwohner Jekaterinburgs gegen den Bau einer neuen Kirche im Park »Elektroapparat«. Gegen den Bau der Kirche auf dem zentralen »Oktjabrskaja-Ploschtschad« stimmen 74%. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte das Referendum angeregt, nachdem es tagelang massive Proteste gegen den Neubau gegeben hatte. Die Stadtverwaltung kündigte an, nun alternative Standorte zu ermitteln.
25.05.2019	Der Internationale Seegerichtshof der UNO verurteilt Russland zur Freilassung der bei einem Zusammenstoß zwischen der russischen und der ukrainischen Marine im Asowschen Meer im November 2018 verhafteten 24 ukrainischen Seeleute sowie zur Herausgabe der beschlagnahmten ukrainischen Kriegsschiffe. Außerdem sollen sowohl die russische als auch die ukrainische Seite bis zum 25. Juni einen Bericht über den Zwischenfall vorlegen. Das russische Außenministerium sieht die Zuständigkeit in diesem Fall nicht beim Internationalen Seegerichtshof und teilte mit, sich nicht an das Urteil gebunden zu fühlen. Russische Grenzschrützer hatten die ukrainischen Seeleute am 25. November 2018 bei einem Vorfall im Asowschen Meer festgenommen. Begründet wurde dies damit, dass die ukrainischen Schiffe illegal in russische Hoheitsgewässer eingedrungen seien.
27.05.2019	In Bezug auf das Urteil des Internationalen Seegerichtshofs der UNO vom 25.05.2019 bekräftigt der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskow die russische Position, dass der UN-Seegerichtshof in dieser Sache nicht zuständig sei.
27.05.2019	Bei Zusammenstößen zwischen privaten Sicherheitskräften und Protestierenden in der Oblast Archangelsk werden mehrere Protestierende verletzt. Die seit mehreren Monaten andauernden Proteste richten sich gegen die Errichtung einer Mülldeponie, auf der auch Abfälle aus Moskau entsorgt werden sollen.

28.05.2019	Das russische Außenministerium bestellt den Botschafter Spaniens ein. Zuvor hatte der designierte spanische Außenminister Josep Borrell in einem Interview erklärt, Russland stelle eine Bedrohung für Spanien dar.
28.05.2019	Der ehemalige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew zeichnet den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem nach ihm selbst benannten Nasarbajew-Orden aus. Zur Begründung heißt es, Putin habe einen »besonderen Beitrag zur Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit« beider Länder geleistet.
29.05.2019	Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika fordert, das NGO-»Agentengesetz« dahingehend zu verschärfen, dass auch diejenigen NGOs als »ausländische Agenten« deklariert werden können, die durch russische Organisationen finanziert werden, deren Gründer aus dem Ausland stammen.
29.05.2019	Robert Ashley, Leiter der US-amerikanischen »Defense Intelligence Agency«, erklärt, Russland teste wahrscheinlich verdeckt Atomwaffen. Damit würde Russland den Kernwaffenteststopp-Vertrag verletzen.
30.05.2019	Das US-amerikanische Verteidigungsministerium schließt Russland ab dem 1. Januar 2023 von der Zusammenarbeit bei der Beförderung US-amerikanischer Satelliten ins All aus. Dies geschehe aus Gründen der Cybersicherheit. Die staatliche russische Weltraumorganisation »Roskosmos« erklärt, dies füge der russischen Raumfahrtindustrie keinen nennenswerten Schaden zu.
31.05.2019	In einer Umfrage des staatlichen Umfrageinstituts WZIOM geben 72,3 Prozent der Befragten an, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu vertrauen. Das Institut hatte für diese Umfrage seine Methodik geändert. Zuvor war die Frage offen gestellt worden, das heißt Befragte waren aufgefordert, Politiker zu nennen, denen sie vertrauen. Nach dieser Methode waren Putins Werte zuletzt bis auf 30,5 Prozent gefallen. Das Institut fragt nun direkt nach dem Vertrauen zu verschiedenen Politikern.
01.06.2019	Der US-Kongress legt ein Gesetzesprojekt vor, das Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen vorsieht, darunter auch Versicherungen, die sich am Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen.
02.06.2019	Der russische Energiekonzern »Gasprom« gibt an, im Mai 2019 so viel Gas gefördert zu haben wie zu dieser Jahreszeit seit acht Jahren nicht mehr.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
 Assistenz: Franz Springer
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz, Jan Matti Dollbaum
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

